

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Oestrich Nr. 6, in Eiville Nr. 216.

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 4 Uhr.
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstr. 30; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Otto Etienne), Markt-
straße 9 und Eiville (B. Jähns), Ecke Gutenberg- und Tammstraße. Ueber 200 eigene Agenturen in Nassau.

Nr. 53 — 1914

Regelmäßige Frei-Beilagen:
Wöchentlich einmal: Rheinische Kulturzeitung Unterhaltungsblatt „Sterne
und Blumen“; wöchentlich „Rheinisches Sonntagsblatt“. Zweimal
jährlich: Sommer-Winter-Nachwähler-Taschen-Jahresplan. Einmal
jährlich: Jahrbuch mit Kalender.

Freitag
6
März

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Mark 95 Pfg., für den Monat 65 Pfg., frei ins Haus; durch die Post für
das Vierteljahr 2 Mark 37 Pfg., monatlich 70 Pfg. mit Beifügung. — Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeile
für auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Restbelegung 1 M.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt.

Chefredakteur: Dr. phil. Franz Geucke
Verantwortlich: Für Politik und Redaktionen: Dr. phil. Geucke; für den anderen
redaktionellen Teil Julius Ottenne-Oestrich; für Geschäftsleitung und Anzeigen
O. S. Lehmann, hiesig in Wiesbaden. Druckerei: Hermann Koch in Wiesbaden.

32. Jahrgang.

Genossen unter sich

* Der Satz des Altmeyers über die „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, doch ewig grün des Lebens goldner Baum“, gilt auch für die deutsche Sozialdemokratie. Sie kennt im politischen Leben keine moralischen Strafen, sie weiß, daß bei dem allgemeinen und gleichen Wahrecht ihr Weizen am besten blüht und darum verlangt sie überall diese Form der Abstimmung. Ihr geistiger Führer zwar, Karl Marx, hat einst über das gleiche Wahrecht in einer Form sich geäußert, die Herrn von Oldenburg-Jamischau oder Herrn v. Seydewitz alle Ehre machen würde. Aber so sehr sonst Karl Marx auf den Beachter gestellt und von der allem Persönlichkeitskultus bekanntlich abgeneigten Partei gefeiert wird, in diesem Punkt weist man seine Ansichten zum alten Eisen. Man verlangt das gleiche Wahrecht, man demonstriert und protestiert in allen Staaten, wo es anders ist. Wenn wir heute, so lasen wir dieser Tage in der Genossenpresse, eine Rechtsmehrheit des Reichstages besitzen, so deshalb, weil die Großstädte durch das platte Land erdrückt werden. Gerechte Wahlkreiseinteilung sei die Forderung des Tages. Das heißt mit anderen Worten: Berlin mit Vororten soll in Zukunft doppelt so viele Abgeordnete stellen, wie die Provinz Hessen-Nassau und auch doppelt so viele wie beispielsweise das Großherzogtum Baden.

Eine solche Forderung stellen kann höchstens derjenige, dem das Staatsinteresse nicht, das Parteinteresse alles gilt. Es ist selbstverständlich, daß die Minoritäten geschützt werden müssen. Das tut unter anderem die Reichsverfassung, indem sie auch dem kleinsten Gebilde des deutschen Bundesstaates einen Abgeordneten zuspricht. Die Zentrumspartei hat von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß es nicht angängig ist, die Einwohnerzahl der Städte bei der Mandatsverteilung gleich der Landbevölkerung zu werten. Auch die räumliche Ausdehnung muß berücksichtigt werden. Unvernünftig sondergleichen wäre es doch, der Stadt Berlin gleich viele oder gar noch mehr Mandate zuzubilligen, als beispielsweise der Provinz Westfalen. Wir unterschätzen gewiß nicht den wirtschaftlichen Einfluß Berlins. Aber die hier produzierten Werte sind verschwindend gering gegenüber den Werten, die in Westfalen geschaffen werden. In diesen Zuständen kann man bei der Verteilung der Mandate nicht achtlos vorübergehen.

Man darf wohl ruhig annehmen, daß kaum ein Sozialdemokrat von der Richtigkeit seiner Worte überzeugt ist, sobald er von der gerechten Wahlkreiseinteilung spricht. Denn wenn die Genossen von ihren Worten überzeugt wären, dann wüßten doch die Agitatoren, die mit einem kaum zu überbietenden Arsenal von Beschimpfungen und Entkräftung die Durchführung des „einzig gerechten Wahrechts“ von den anderen Parteien und der Regierung fordern, ganz selbstverständlich ihre eigene Parteiorganisation auf der Grundlage dieses Wahrechts auszubauen. Das ist aber, so merkwürdig das für die meisten klingen mag, durchaus nicht der Fall. Und was noch merkwürdiger ist, die Sozialdemokratie hat auch gar nicht die Absicht, das „einzig gerechte Wahrecht“ in der Partei durchzuführen.

Auf dem Chemnitzer Parteitag war der Entwurf eines Organisationsstatuts der Partei Gegenstand der Beratung. In der Debatte vertrat der frühere Reichstagsabgeordnete Dvinskij den Standpunkt, daß das jetzige System der Besetzung des Reichstages nicht haltbar ist, weil die Gleichheit des Wahrechts nicht gewahrt würde. Als trassisches Beispiel führte er an, daß eine Kreisorganisation von 57 Mitgliedern und eine andere von 5700 Mitgliedern jede durch einen Delegierten auf dem Parteitag vertreten sei. Abgeordneter Stadthagen schloß sich dem an und gab interessante Mitteilungen über Württemberg. „Auf die Dauer, — so sagte er — können wir unmöglich ein Statut beibehalten, das es ermöglicht, dem Grundbesitz des allgemeinen, direkten und indirekten Wahrechts, für das wir eintreten, ins Gewicht zu schlagen. ... Wir können nicht mit blinden Augen daran vorübergehen, daß wir Organisationen haben, deren Statuten sich an die Seite stellen können allen Schwächen eines Pluralwahrechts. Ich greife Württemberg heraus, weil ich glaube, ein großer Teil der Streitigkeiten rührt dort von dem ungleichen Wahrecht her. Dort haben 17000 Genossen in einer Großstadt 90 Delegierte zu wählen, 5000 Genossen in kleineren Orten dagegen 24. Das ist ein Pluralwahrecht schlimmster Art. In Stuttgart haben 9000 Organisierte 42 Delegierte, aber 521 Organisierte aus kleinen Orten haben 44 Delegierte zu wählen. Es geht nicht, daß ein solches System besteht; wenn die einzelnen Bezirks- und Landesorganisationen nicht selbst Remedur schaffen, dann muß es von der Gesamtpartei geschehen.“

Der Parteitag ging jedoch über diese von sozialdemokratischem Standpunkte selbstverständlichen Bemerkungen einfach zur Tagesordnung über. Im Schlußwort erklärte der Referent Müller, Mitglied des Parteivorstandes: „Die Form des Delegationswahrs scheint uns noch nicht spruchreif. Die Frage des absolut berechtigten Wahlrechts wird auch für unsere Partei sehr schwer zu lösen sein.“ Was heißt das? Nun, das heißt nichts anderes, als daß auch die Frage des politischen Wahrechts nicht notwendig und selbstverständlich ihre Lösung in dem gleichen Wahrecht suchen muß, wie die Sozialdemokraten sonst immer behaupten. Der Referent bemerkte weiter: „Nimmt man die Mitgliederzahl allein zur Grundlage, so würden die kleinen Kreisorganisationen, denen wir doch ein starkes politisches Leben wünschen, in Zukunft ihrer Vertretung auf dem Parteitag beraubt werden.“ So

sagt die Sozialdemokratie, wenn es ihre eigene Partei angeht. Für den Staat aber liegt die Sache ebenso. Auch hier würden die kleinen Städte und das Land in Zukunft ihrer Vertretung fast ganz beraubt werden.

Wie man sieht: Grau, teurer Freund, ist alle Theorie! Nicht nur in diesem Punkte, auch in manchen anderen Fragen ordnet die Partei die Verhältnisse genau so, wie es der Staat tut, ohne deshalb dieselbe Ordnung bei dem Staate zu billigen. Und nicht anders ist es bei der fortschrittlichen Volkspartei, die bekanntlich ebenfalls „gerechte Wahlkreiseinteilung“ fordert, dabei aber innerhalb ihrer eignen Reihen auf diese selbe gerechte Einteilung verzichtet.

Deutsches Reich

Zum Tode des Kardinals Kopp

Breslau, 5. März. Als Vertreter Kaiser Franz Joseph wird der zukünftige Thronerbe Erzherzog Karl Franz Joseph an den Leichenfeierlichkeiten in Troppau teilnehmen. Er wird dort morgen früh eintreffen.
Von der Teilnahme des Kaisers Franz Joseph zeugt folgendes Telegramm aus Schönbrunn an das Domkapitel: „Die Nachricht von dem Ableben des Kardinal-Nachbischofs Dr. v. Kopp erfüllt meine Majestät, die der edlen Persönlichkeit und dem segensvollen Wirken dieses hochverdienten Kirchenfürsten stets besondere Verehrung gesollt hat, mit tiefer Trauer. Seine Majestät werden dem vereinigten Kardinal diese Bestimmung sowie herzlichste Dankbarkeit für die von ihm bei jeder Gelegenheit bewiesene Treue und Anhänglichkeit immer bewahren und sprechen dem hochw. Domkapitel innigste Teilnahme an dem allerschmerzlichen Verluste aus, den dasselbe durch das Hinscheiden seines allverehrten Oberhirten erleidet. Im allerhöchsten Auftrage: Freiherr von Schöller von Verkorff.“
Wien, 5. März. Im Herrenhaus widmete Präsident Fürst Windisch-Grätz der Beginn der Sitzung dem verstorbenen Mitgliede des Herrenhauses, Kardinal Dr. Kopp, der mit scharfem Geiste, feinem Takte und ruhiger Entschlossenheit sich der Lösung von schwierigen Aufgaben gewidmet habe, einen warmempfindlichen Nachruf, in dem er sagte, daß die Bedeutung dieser einflussreichen, impudanten Persönlichkeit weit über die Grenzen seines Bistums gereicht habe.

Kein Rücktritt des Landwirtschaftsministers

Einige Zeitungen haben die Behauptung verbreitet, die Stellung des preussischen Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemer gelte als erschüttert. Die „D. Z.“ kann diese Behauptung in ihrem ganzen Umfange als eine dreiste Erfindung kennzeichnen. — Die „R. G. C.“ schreibt: „Die Behauptung ist von Anfang bis zu Ende erlogen und kennzeichnet sich als das erste öffentlich feststellbare Symptom einer plumpen, mit sehr niedrigen und häßlichen Mitteln betriebenen Intrigue, die schon seit einigen Wochen im Gange ist. Es handelt sich um eine planmäßige Hebe gegen den Freiherrn von Schorlemer, deren Urheber in politischen Kreisen zur Genüge bekannt sind und die nur Berachtung verdient.“

Wackelt der Großblock?

Die Wahl des Abgeordneten Schöpffe, der mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde, ist gegen alles Erwarten mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen für gültig erklärt worden. Nachdem der Großblock die Offenburger Wahl ohne Grund, kraft seiner Mehrheit, umgestoßen hatte, mußte man erwarten, daß er auch bei der Wahl des konservativen Schöpffe nach dem gleichen Modus versagen würde. Aber die Annahme bestätigte sich nicht. Vermutlich wollten die Nationalliberalen der für sie bei der Neuwahl im Eitlinger Bezirk unangenehmen Aussicht, für den Sozialdemokraten zu stimmen, aus dem Wege gehen; so erklärten sie die Wahl für gültig.
Es wäre aber auch möglich, daß diese Aktion ein Abrücken vom Großblock bedeutet. Denn man weiß, daß weder die badi-schen Regierungskreise noch viele maßgebende Persönlichkeiten im Nationalliberalismus Freunde der Großblockpolitik sind. Zu dieser Auffassung wird man gedrängt, wenn man die fernere Tatsache betrachtet, daß die Nationalliberalen am Dienstag mit der Rechten und dem Zentrum für die Münchener Gesandtschaft eingetreten sind. Vor zwei Jahren haben die Nationalliberalen diese Gesandtschaft mit Großblock-Gründen abgelehnt. In demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen ist man über das Vorgehen der Nationalliberalen erschrocken; ihre Mäntel finden keine Worte der Kritik.
Es wäre natürlich verfrüht, aus beiden Vorgängen sichere Schlußfolgerungen ziehen zu wollen. Es kann sich auch um „Extra-touren“ handeln. Schon die nächste Zukunft muß zeigen, ob es den Nationalliberalen ernst ist mit dem „Abbau“ des Großblocks. Der Vertreter von Rehl ist nämlich zum Oberbürgermeister von Posen gewählt worden. So ist eine Nachwahl nötig. Rehl ist sicherer nationalliberaler Volk. Steht man nun Herrn Obkircher auf — der früheren Führer der Nationalliberalen — so darf daraus geschlossen werden, daß man sich vom Großblock zurückziehen will, weil Obkircher kein Freund des Großblocks ist. Wird aber der jungliberale Köhler nominiert, der im Reichstagswahlbezirk Offenburger-Rehl dem Zentrum unterlag, so hat man die beiden Bundtagsabstimmungen nur als Zufälligkeiten zu bewerten und es bleibt vorläufig beim Bloß.

Altpensionärvorlage und Totalisatorgesetz

Der Entwurf über die Besserstellung der Altpensionäre und das Totalisatorgesetz werden dem Bundesrat in der nächsten Woche zugehen. Beide Vorlagen sind im Reichshausamt kürzlich zum Abschluß gebracht worden und haben auch die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums gefunden. Die Altpensionärvorlage bewegt sich auf der mittleren Linie. Es hat sich trotz aller Bemühungen der zuständigen Instanzen nicht ermöglichen lassen, alle Wünsche der Altpensionäre zu erfüllen. Die Gleichstellung der Altpensionäre mit den Pensionären nach 1908 konnte nicht durchgeführt werden, einmal, weil die Mittel fehlen, denn, weil die Einzelstaaten diesem Weg folgen müßten und dadurch finanziell bedeutend belastet würden. Es ist aber Vorsorge im Gesetz getroffen, daß in den meisten Fällen, hauptsächlich bei harter Abweichung in den Pensionsverhältnissen zwischen den Altpensionären und Pensionären die Differenz vermindert werden, auch in besonderen Fällen fortlaufend Unterstützung gewährt wird. Die gesetzliche Festlegung der Gleichstellung aller Pensionäre ist nicht ermöglicht worden. Die ausgeworfenen Mittel von 60 Millionen Mark werden ab- ausreichen, um den meisten Forderungen der Altpensionäre entgegenzukommen zu können. Die

Bedeutung für diese Summe soll das Totalisatorgesetz aufbringen, das allein den konzeptionierten Buchmachern das Recht gibt, Kennzettel abzuschließen und das diesen Wettverträgen Rechtsfähigkeit verleiht. Für Wettverträge haben die Buchmacher eine Reichsteuer zu erheben, deren Ertrag auf 15 Millionen Mark pro Jahr geschätzt wird.

„Einkommen“ und Durchschnittsrente der Erwerbs-gesellschaften

Bei der preussischen Einkommensteuer wird zunächst einmal das Einkommen der natürlichen Personen der Steuer unterworfen, sobald aber auch mit einer gewissen Beschränkung das Einkommen der Erwerbsgesellschaften. Die letzteren freilich werden nicht mit ihrem Gesamteinkommen zur Steuer herangezogen, sondern es bleibt ein gewisser Prozentsatz frei, damit das Einkommen der Gesellschafter nicht doppelt beunruhigt wird. Solche Kapitalgesellschaften, die der preussischen Einkommensteuer unterstanden, gab es nach der neuesten Uebersicht über die Ergebnisse der preussischen Steuerveranlagung 1913: 11 610, darunter 2238 Aktien-gesellschaften. Das Einkommen dieser Gesellschaften beziffert sich auf 1204 Millionen Mark, wovon jedoch 313 Millionen außerhalb Preussens steuerpflichtig waren. Diese Gesellschaften brachten dem Staat einschließlich der Zufälle die respektable Summe von 57 1/2 Millionen Mark ein, wovon auf die Aktiengesellschaften allein 37 1/2 Millionen Mark entfielen. Das Gesellschaftsvermögen der in Frage kommenden Gesellschaften betrug ohne die Rücklagen 12 Milliarden Mark. Bedeutet man, daß rund 300 Millionen Mark des Einkommens dieser Gesellschaften von der Steuer freibleiben, weil diese Summe zu Geschäftserweiterungen, Kapitalrückzahlung usw. benutzt wurden, so ergibt sich eine Durchschnittsrente von 12 1/2 Prozent — gewiß eine erfreuliche Rentabilität. Der wirtschaftliche Aufschwung kommt darin klar zum Ausdruck.

Aleine politische Nachrichten

Berlin, 5. März. Wegen Verleumdung des Kronprinzen durch einen Artikel der „Welt am Montag“ stand vor der vierten Strafkammer des Landgerichts der verantwortliche Redakteur Alfred Scholz und der Schriftsteller Hans Leuß als Beschuldigte des Artikels. In dem Artikel wurden die Telegramme des Kronprinzen an Demling und den Obersten v. Reuter besprochen. Der Gerichtshof schloß trotz des Widerpruchs des Angeklagten Leuß und seines Verteidigers die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung aus. Der Oberstaatsanwalt beantragte Freisprechung des Angeklagten Scholz, gegen Leuß neun Monate Gefängnis. Das Urteil lautet gegen Leuß auf sechs Monate Gefängnis.
Berlin, 5. März. Die Verhandlungen, die über die Novelle zu dem Besoldungsgesetz in Preußen und im Reich zwischen Regierung und Parlamentariern geführt werden, laufen, wie neuerdings behauptet wird, kaum erwarten, daß die Regierungensseite auf eine Erweiterung dieser Vorlage oder eine Erhöhung der darin festgesetzten Gehaltsklassen eingehen werden.

Ausland

Russische Gefahr

Petersburg, 5. März. Im Mittelpunkt der politischen Betrachtungen steht die Petersburger Korrespondenz der „Köln. Zeitung“. Die deutsch-russischen Mäntel geben die dieser Korrespondenz zugrunde liegenden tatsächlichen Angaben wieder, während die Presse der sonstigen militärischen Erwägungen, welche die Hauptrolle in dem Artikel spielen, gar nicht erwähnen darf. Die chauvinistische und auch ein Teil der liberalen Presse beschaudigen Deutschland, es wolle eine Spannung provozieren, um Vorteile für die Verhandlungen über den Handelsvertrag zu gewinnen.

Die Arise in Schweden

Stockholm, 5. März. Das Svenska Telegramm Bureau ist erndigt, das Staatsratsprotokoll vom Staatsrat am 3. März zu veröffentlichen, in dem Staats- und Kriegsminister Sam-marskjöld die Verteidigungsvorlage der Regierung begründet.
Eine Hauptrolle bei die Winterausbildung. Deshalb werde eine zusammenhängende Rekrutenschule von 250 Tagen vorgeschlagen, die in der letzten Woche des Oktober oder spätestens am 1. November zu beginnen hätte. Nach der Rekrutenschule soll vor der ersten Einberufung von 30 Tagen ein Zwischenraum von reichlich zwei Monaten folgen, während welcher Zeit die Wehrpflichtigen, die es wünschen, im Dienst verbleiben können. In die Ausbildungszeit gehört auch eine zweite und dritte Wieder-einberufung von je 30 Tagen, so daß die ganze Ausbildungszeit 340 Tage umfaßt. Den Studenten und den mit ihnen Gleichgestellten würden besonders große Forderungen bei einer reichlichen, jedoch höchstens 500 Tage umfassenden Dienstzeit gestellt werden. Die Frage nach der Ausbildungszeit für die einzelnen Waffen werde in der Hauptsache in Uebereinstimmung mit der Vorlage der Verteidigungskommission festgesetzt. Weiter würden Veranstaltungen zur Sicherung gewisser Land- und Seebesatzungen gegenüber überraschenden Angriffen angeordnet. Ein Jahrgang werde durch die Herabsetzung des wehrpflichtigen Alters um ein Jahr gewonnen. Der wesentliche Teil der Flotte sei die Küstenflotte, die aus mindestens zwei Divisionen Kanzereschiffen mit je vier Schiffen bestehen soll. Die Küstenflotte müsse vier Divisionen Torpedojäger von im ganzen 16 Schiffen, sowie zwei Divisionen Unterseeboote zählen, beides Schiffstypen von kräftigerer Konstruktion als bisher.

Die Ausgaben bei der Durchführung der neuen Verteidigungsvorlage werden als bedeutend bezeichnet, deshalb wird eine progressive Wehrsteuer auf die großen Vermögen und die großen Einkommen angeordnet. Diese Steuer darf indessen nur für militärische Zwecke verwendet werden. Die übrigen Ausgaben dürfen nicht durch Anleihen gedeckt werden. Weiter kündigt der Staatsminister an, daß eine Vorlage eingebracht werde betreffend Reform der Militärgerichtsbarkeit und die Einführung eines vom Reichstage zu ernennenden Rekruten-tanten zur Beaufsichtigung und Aufrechterhaltung der Militär-gesetze.
Das Staatsprotokoll schließt mit folgender Erklärung des Königs:
„Nach meiner Auffassung soll das Volk Gelegenheit haben, durch die Neuwahlen zur Zweiten Kammer seine Ansichten über die Verteidigungsfragen zu erkennen zu geben. Von der Lösung der Lebensfrage des Landes hängt die Möglichkeit ab, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren und unsere Unabhängigkeit zu schützen. Ich stimme also der Vorlage des Staatsministers zu.“

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erklären, daß jeder Kauf oder jedes Streben nach einer persönlichen Königsmacht mir fremd war, ich und bleiben wird. Nach den Geboten der Verfassung und ihrem Geiste habe ich, getreu meinem Wahlspruch: „Mit Gott für das Vaterland“ bisher mein Königsamt verwaltet. Von meinem festen Entschlusse, dies auch in Zukunft zu tun, werde ich niemals abweichen.“

In beiden Kammern des Reichstages wurde folgendes Schreiben des Königs verlesen: „Da ich aus Sorge für die Sicherheit des Reiches heraus, die meine königliche Pflicht ist, mich veranlaßt gesehen habe, dem Volke Gelegenheit zu geben, durch Neuwahlen zur Zweiten Kammer seine Ansicht über die Verteidigungsfrage auszusprechen, habe ich beschlossene, den Reichstag aufzulösen und im ganzen Reiche Neuwahlen zur Zweiten Kammer anzuordnen. Ich werde später die Zeit bestimmen, wenn der Reichstag aufs neue zusammentreten soll.“

Eine Botschaft des Präsidenten Wilson

Washington, 5. März. In gemeinsamer Sitzung des Kongresses richtete Präsident Wilson heute persönlich eine Botschaft an den Kongress, in der er ihn aufforderte, die Ehre der Vereinigten Staaten durch Aufhebung der Klausel der Panama-Kanalverträge, die die amerikanische Schifffahrt von den Kanalgebühren befreit, aufrecht zu erhalten. Er erklärte, die Befreiung der amerikanischen Schiffe von den Abgaben sei eine mißverständliche Wirtschaftspolitik und widerspreche dem englisch-amerikanischen Vertrage von 1911 (Panama-Kanalvertrag).

Verhängung des Belagerungszustandes in Brasilien

Rio de Janeiro, 5. März. Heute nacht ließ hier das Militär, daß aufgrund einer feindlich verlaufenden Sitzung, die in dem militärischen Klub wegen der Lage im Staate Ceara stattgefunden habe, beschlossene worden sei, den Belagerungszustand über Rio de Janeiro zu verhängen. Die Stadt verfiel in Unruhe, da die Regierung die Nachricht nicht amtlich bestätigte. Andererseits lassen Truppenbewegungen deutliche besondere Maßnahmen der Regierung erkennen. Heute morgen bestätigte es sich, daß der Belagerungszustand über Rio de Janeiro, Niteroi und Petropolis verhängt worden ist.

Die Krise in Japan

Tokio, 5. März. Eine große Bedeutung wird der Tatsache beigegeben, daß der Premierminister und darauf Fürst Tokugawa in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen wurden. Auch ist der Kronrat zu einer besonderen Versammlung einberufen worden. Unterrichtete Kreise bringen den Namen Tokugawa mit der Nachfolge Yamamoto als Premierminister in Verbindung. Letzterer wird möglicherweise demissionieren, weil der Flottenetat seitens des Oberhauses um 70 Millionen Yen herabgesetzt worden ist.

Die Presse berichtet heute allgemein, daß die Auflösung der zur Untersuchung der Verletzung angelegten Kommission und die Überweisung der Sache an das Marinekriegsgericht deswegen erfolgte, weil die Kommission als Gefahr für sehr hochgestellte, der Satsumapartei angehörende Offiziere angesehen wurde. Beim Marinegericht hätten die Satsumafeste das Übergewicht. Die Aufregung über die Angelegenheit sei vollkommen im Abnehmen begriffen. Allerdings hänge die Entscheidung über das Geschick des Kabinetts vom Ausfall der neuen Budgetdebatte im Oberhaus, die am 10. März stattfindet, ab.

Von der Balkanhalbinsel

In Erwartung des Fürsten

Durazzo, 5. März. Die Mitglieder der internationalen Kontrollkommission sind heute hier eingetroffen. Auch der italienische und der österreichisch-ungarische Stationschef sind in Balona angekommen. Essad Pascha ist mit der albanischen Abordnung hierher zurückgekehrt.

Die Lage in Südalbanien

Wien, 5. März. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Valona, daß im Auftrage von Bogaraphos, des Präsidenten der provisorischen Regierung in Skutari, durch den aus Durazzo eingetroffenen Völska Mehmed Ali Verhandlungen wegen der Gewährung nationaler Garantien für die griechischen Minderheiten in Nordalbanien begonnen haben. Die Weiter der epirischen Bewegung würden bei Erfüllung dieser Forderungen der Befreiung der Albanien zugeprochenen Gebiete keine weiteren Schwierigkeiten machen. Man sehe die Verhandlungen als eine Folge des Eingreifens der griechischen Regierung an.

Aus aller Welt

Vom Sparen!

Aus Mainz meldet man uns: (Kathol. Gesellenverein.) In einer gut besuchten Versammlung des Gesellenvereins sprach am letzten Sonntag Herr Major a. D. Ohlenborn aus Wiesbaden. Es möchte vielleicht manche nach den Fastenstagen und aus solchem Munde etwas seltsam angemutet haben, über den Sparplan und das Vorwärtstreiben der Katholiken auch in wirtschaftlicher Beziehung zu hören. Lag dieses Thema dem Herrn Major als langjährigem Direktor einer größeren Sparkasse nahe, so berührte es leider auch eine offene Wunde. Eingangs widerlegte der Redner die Einwände, daß es unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich ist, zu sparen. Treffend illustrierte er diesen Einwand, der von den Sozialdemokraten oft gemacht wird, indem er zeigte, wie gerade die Sozialdemokratie für politische und wirtschaftliche Organisationen, sowie für ihre Presse Millionen anhäuft, alles ersparte Groschen der Arbeiter. An Beispielen wurde gezeigt, wie regelmäßiges Sparen, wenn auch kleiner Einlagen, doch zu großen Summen führt, wie eine ersparte Summe notwendig sei zur Gründung einer Familie oder zur Selbständigmachung. Als ein nicht zu unterschätzender Grund, weshalb der junge Mann sparen soll, wurde dabei die charakterbildende Macht des Sparplans, der ersteherische Wert desselben bezeichnet. Als tiefere Ursache, weshalb so viele wirtschaftlich nicht vorankommen, wurde neben anderem der Mangel an Vorwärtstreiben, das Fehlen des Ordnungsinnes im Geschäft, das Nichtrechnen, mangelnder Körpergeist zu gegenseitiger Unterstützung angegeben. Allerdings verbiete auch die Sittlichkeit dem Katholiken, manche Geschäftspraktiken anderer nachzumachen. — Es war ein interessanter Vortrag, getragen von großer Liebe zum Gesellenverein, dessen Ehrenmitglied der Redner ist, getragen von großer Liebe zu unserer Kirche, deren Mitglieder der ins Gewissen reden will, sich nicht wirtschaftl. nach hinten hindrängen zu lassen, weil darunter auch die Entfaltung der Kirche leide.

Der Fall Hamm

Barmen, 3. März. Die Oberfelder Staatsanwaltschaft hat gegen das vom Landgericht im Falle Hamm beschlossene Wiederannahmeverfahren Beschwerde beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingelegt.

Spionage überall?

London, 5. März. Bei einem unter Spionageverdacht verhafteten Bigarettenhändler Georga Guld ist eine Menge für ihn und seine Frau schwer belastender Dokumente gefunden worden. Aus diesen soll hervorgehen, daß Guld in Wirklichkeit deutscher Untertan ist und Schreiber heißt. Er soll bis 1888 in der deutschen Armee als Hauptmann gedient haben. Es scheint als derweisen, daß er seit einer Reihe von Jahren zugunsten einer fremden Macht, also wahrscheinlich Deutschland, in England Spionage betrieben habe. In seinem Besitz wurden u. a. auch zwei Sekreten der Gewässer von Spithead, bekanntlich einer der wichtigsten englischen Kriegshäfen, gefunden, ebenso verschiedene offizielle Dokumente und Zeichnungen von Maschinen usw. Die Verhandlung gegen den Spion wird am Mittwoch stattfinden.

Wunternsblum, 4. März. Infolge einer Wette durchschwamm ein hiesiger junger Mann die zurzeit eiskalten Fluten des Rheines. Am jenseitigen Ufer angelangt, mußte er die kalte und nicht ungefährliche Schwimmpartie als Rüdweg wiederholen.

Grenzau, 5. März. Amüslich wird gemeldet: Bei der Station Grenzau der Westerbahnbahn entlief heute ein Güterzug mit sämtlichen Wagen. Die Geleise sind gesprengt, der Materialschaden ist bedeutend. Personen wurden nicht verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Siegen, 4. März. Dem evangelischen Religionslehrer am hiesigen Realgymnasium, Oberlehrer Dr. Mugler, ist laut einer Verfügung des Provinzialschulkollegiums zu Münster, die weitere Erteilung von Religionsunterricht an der genannten Anstalt entzogen worden. Anlaß zu dieser Maßnahme hat eine von Dr. Mugler vor einiger Zeit veröffentlichte wissenschaftliche Schrift gegeben, in der die Moral der Bibel einer Kritik unterzogen wurde.

Bonn, 5. März. In Venedig hat gestern abend der 35 Jahre alte italienische Erbarbeiter Antonio Dalsanto seine Geliebte, die ihn aber verlassen, d. h. zu ihrem Mann zurückkehren wollte, mit einem Küchenbeil erschlagen. Er stellte sich dann der Polizei.

Dortmund, 4. März. In dem benachbarten Eving wurde das zweijährige Söhnchen des Maschinenmeisters A. Hochstetter von einem Hofhund durch einen Biß in den Kopf getötet.

Reh, 5. März. Wie aus Dargarden berichtet wird, gab der Besitzer eines einsam gelegenen Gutes, als eine Frau von zwei Individuen beschlagnahmt wurde, mehrere Revolverkugeln auf die Angreifer ab und tötete einen derselben, den Sohn einer Bergmannsfamilie, durch einen Schuß ins Herz. Der andere wurde verletzt.

München, 4. März. Die neuen bayerischen Königsmarken werden an Oftern zur Ausgabe gelangen. Gegenwärtig ist man mit der Herstellung der Borräte beschäftigt, die naturgemäß in die Hundertmillionen gehen. Gedruckt wird mit zwei Maschinen, von denen jede, wenn der Tätigkeit des Raslers keine Grenzen gesetzt wären, in der Minute 24000 Stück drucken könnte. Immerhin kann man täglich etwa 5 Millionen Stück herstellen. Die Farben der Marken sind: 3 Pfg. braun, 5 Pfg. grün, 10 Pfg. rot, 20 Pfg. blau, 25 Pfg. grau, 30 Pfg. orange, 40 Pfg. oliv, 50 Pfg. rotbraun, 60 Pfg. blaugrün, 80 Pfg. violett, 1 Mk. braun, 2 Mk. violett, 3 Mk. rot, 5 Mk. dunkelblau, 10 Mk. dunkelgrün und 20 Mk. dunkelbraun. Das neue Verfahren ermöglicht ausgezeichnete Wirkungen. Die Marken ähneln im allgemeinen den schönen alten Niederländern. — Bei den niederen Werten, die den König in seinen früheren Jahren zeigen, ist es der Gesamtindruck, der für die Marken einnimmt, bei den höheren Werten, die das Bild des Königs aus neuerer Zeit ohne Brille tragen, kommt besonders die Feinheit des Porträts zum Ausdruck. In dieser Beziehung ist es vor allem die Marke zu 20 Mk., die Gefallen finden wird.

Berlin, 5. März. (Der Unfall des deutschen Dampfers „Janzibar“) Von S. M. „Gondor“, der zu der Unfallstelle des deutschen Dampfers „Janzibar“ entsandt worden war, ist folgende Meldung eingegangen: Bei dem Dampfer befinden sich die spanische Kriegsschiffe Kanonenboot „Laga“, Schulschiff „Regina Regente“ und Panzerkreuzer „Cataluna“ unter einem Admiral. Zum Schutze gegen die Seeräuber ist eine spanische Abteilung von einem Offizier und 15 Mann auf dem Dampfer eingeschifft worden. Die Abbringungsversuche sind Bergungsdampfern aus Gibraltar übertragen. Die Kriegsschiffe selbst können sich wegen ihres Tiefanges hieran nicht beteiligen. Bei dem derzeitigen guten Wetter besteht eine Gefahr für den Dampfer nicht. Der „Gondor“ ist zum Kohlennehmen vorübergehend nach Gibraltar gegangen und kehrt alsbald an die Unfallstelle zurück.

Berlin, 5. März. Der Hausdiener Goebcke hat eingestanden, seine Mutter am Sonntagvormittag erschossen zu haben. Er hatte ständig Streit mit seiner Mutter, aus deren Wohnung er seit drei Monaten nicht mehr herausgekommen sei. Er habe auch beabsichtigt, den Arzt Dr. Grohmann, der ihn vor sieben Jahren operierte, sowie seine beiden verheirateten Schwägerinnen umzubringen.

Hamburg, 5. März. Von den bei der Explosion in der Kleinenhandlung der Firma Schwalbe schwer verletzten Arbeitern sind zwei gestorben, so daß die Zahl der Opfer unter Einschluß eines Vermissten fünf betragen wird.

Innsbruck, 5. März. In der Ortlergruppe auf dem Wege zur Pannerhütte ist gestern abend eine aus 30 Mann bestehende militärische Abteilung vom dritten Landesjägerbataillon unter einer Schneelawine geraten. Ein Offizier und vier Mann konnten sich retten, die übrigen 15 sind tot. Unter den Toten befindet sich ein Oberleutnant, ferner der Kommandeur Somagzi, zwei Fähnriche und 11 Mann. Von Mexan ist heute unter dem Kommando des dortigen Bataillonskommandeurs eine große militärische Dissexpedition mit einer Sanitätsabteilung und den Regimentsärzten zur Unglücksstätte abgegangen.

Graz, 5. März. (Der Bauernschreck getötet!) In Waldenstein auf der Morasche wurde der seit Jahresfrist verfolgte Bauernschreck, ein Wolf, von dem gräflich Heden-Donnersmarchschen Jäger Steinbauer angeschossen und von dem Fabrikdirektor Diamond durch einen Fangschuß getötet.

Paris, 5. März. In Cherbourg wurde die Gefichte eines Obermannes der Kriegsmarine, angeblich eine Deutsche, unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. In der Wohnung der Frau, die in Cherbourg nur unter dem Vornamen Coa bekannt ist, sollen zahlreiche Schriftstücke beschlagnahmt worden sein, darunter ein Brief mit einer Photographie des jüngst bei Toul wegen Spionage festgenommenen Landwirts Burgard.

Paris, 5. März. Die Reservisten der Gegend von Montbelliard erhielten vor einigen Tagen Mobilmachungsbeehle, denen sie sofort nachkamen. In Velfort, wo die Reservisten am späten Nachmittag eintrafen, wurde jedoch festgestellt, daß es sich um einen Irrtum handelte. Den Reservisten wurde die Ordre erteilt, heimzukehren. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Postbeamter der Urheber dieser irrtümlichen Mobilisierung war. Er hatte aus Versehen einen für die Militärbehörde bestimmten Briefsack geöffnet und die darin enthaltenen Mobilmachungsbeehle den Reservisten zugestellt.

Petersburg, 4. März. Auf den Butilow-Werken sind 15000 Arbeiter ausständig, um dadurch gegen die Vorschriften zu protestieren, den heutigen Gedenktag der Befreiung der Bauern nicht zu feiern. In der Schrapnellrohrenfabrik wurde heute morgen der Werkstättenchef, Gardehauptmann v. Stahl, hintercénd von einem Meister überfallen und durch zwei Schläge mit einer Eisenstange auf den Kopf getötet. Der Mörder flüchtete und warf sich in eine elektrische Maschine, von der er zermalmt wurde. Es handelt sich um einen persönlichen Racheakt.

Kirchliches

Sabamar, 5. März. Nächsten Sonntag, 8. März, nachmittags 3 Uhr, ist in der Nonnenkirche die übliche 3. Ordensversammlung, Andacht mit Predigt, wozu die Mitglieder von Sabamar, Niederbadamar, Albbach und die aus der Pfarrei Oberweper eingeladen sind.

Osnabrück, 5. März. Die feierliche Beisetzung des Doctus Bischofs findet Freitag, den 6. März, in der hohen Domkirche statt. In den Beisetzungsfestlichkeiten werden bis jetzt folgende Kirchenfürsten erwartet: Erzbischof Dr. Felix von Darmstadt von Köln, Bischof Dr. Adolf Bertram von Bielefeld, Bischof Dr. Karl Joseph Schulte von Baderborn und Bischof Dr. Johannes Roggenburg von Münster. Der Bischof von Bielefeld wird die Trauerrede auf den Verstorbenen halten. — Zum Kapitularvikar der verwalteten Diöcese wurde der bisherige bischöfliche Generalvikar, Domkapitular Darling, gewählt.

Von Lahn und Westerwald

Bonder Lahn, 5. März. (Vom Lahnstschiff.) Im Zusammenhange mit den Bestrebungen, die Kanalisation der Lahn zu erreichen, steht bekanntlich der Bau eines Schiffes, der einen eigenen Typus für die Lahn darstellt und den Beweis liefern soll, daß es gut und mit Erfolg auf dieser Schiffahrtsstraße verkehren kann. Zur Erbauung und Erprobung des Schiffes ist die „Lahnstschiffahrtsgesellschaft“ gegründet worden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten gab einen Zuschuß von 7000, der Lahnkanalverein von 1000 Mark, Städte, Kreisverbände, industrielle Betriebe und Privatbrachten 40100 Mark auf. Der Bau des Fahrzeuges

wurde der Schiffbauanstalt Schaumbach und Graemer in Koblenz übertragen, die es jetzt soweit fertiggestellt hat, daß es in ungefähr drei Wochen die Probefahrten beginnen kann. Die Größenverhältnisse des Schiffes müßten nach den an der Lahn vorhandenen Kanälen eingerichtet werden, die Länge kommen 45 Meter inbetracht wegen der Schleusen bei Kallfofen und Lohnstein. Der Lahnstschiff ist das Schiff jedoch nur 32 Meter lang, damit es die Schleusen bei Ems durchfahren kann. Auf der Lahn soll es zunächst ein halbes Jahr verkehren, danach auf dem Rhein und Main zwischen Duisburg und Frankfurt. Zu diesem Zwecke wird es dann in der Mitte auseinander genommen und um 12 1/2 Meter verlängert. Die Breite beträgt 5,2, der Tiefgang 1,50 Meter, die Höhe 2,20. Das Schiff ist stark gebaut mit besonderer Rücksicht auf die Möglichkeit, daß es gelegentlich auf Grund stoßen könnte. Die Tragfähigkeit ist auf 210 Tonnen berechnet. Das verkleinerte Schiff hat 3 Laderäume von 6 1/2 Metern Länge, das vergrößerte 5, die jeder für sich wasserdicht sind. Als Motor ist ein Smderski-Motor von 50 PS gewählt worden. Das Schiff kann damit vorwärts und rückwärts bewegt werden. Auch eine elektrische Lichtanlage ist hineingebaut. Die Wohnräume des Schiffsführers sind angemessen eingerichtet. Die Probefahrten einschließlich der Verlängerung des Schiffes werden etwa 20 Monate beanspruchen.

W. von der Lahn, 5. März. Der Seifenverwalter K. Werner in Ems erhielt für die beste Steuerermäßigungsleistung die Fißh-Prämie, bestehend in einer goldenen Uhr, nachdem er bereits die Staatsprämie erhalten hatte. — Dem Borranbieter und Arbeiter W. Schneider aus Eiz, der nahezu 40 Jahre bei der königl. Eisenbahn-Hauptwerkstätte in Elmberg in Diensten stand, wurde aus Anlaß seines Uebertritts in den Ruhestand das Allgem. Ehrenzeichen in Silber verliehen. — Im Alter von 87 Jahren starb in Freudenber der Rentner J. D. Moog, ein Veteran aus dem Sturmjahr 1848. — Das elektrische Licht hat am verfloffenen Sonntagabend zum erstenmal in Diez gebrannt. Bis die Stromlieferung überall stattfinden kann, werden immerhin noch 11 Tage verfließen. — Oberinspektor Meyer von der Diezger Strafankast ist in gleicher Eigenschaft nach Glogau i. Schl. versetzt.

Limburg, 5. März. Der Kreisfreierverband Limburg hält Sonntag, den 8. März, nachmittags 2 30 Uhr, in der „Alten Post“ einen Kreisverbandstag ab. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Jahresbericht, Wahl von Abgeordneten für den Kreis-Bezirksverbandstag in Etville, Umbauung der Kreisunterstützungskasse in eine allgemeine Unterstützungskasse. Der Bezirksvertreter Oberleutnant Kalle aus Frankfurt a. M. wird einen Vortrag über die Lebensversicherungsanstalt und Seeressourcen des deutschen Krieges halten. Nach Schluß der Tagung ist gemeinschaftlicher Besuch eines Kinns geplant.

W. Montabaur, 5. März. Die am letzten Sonntag hier getätigte Vorstandswahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Unterwesterwaldkreis brachte einen glänzenden Erfolg für die christlich-nationale Vorschlagsliste Nr. 3. Von den 8 Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern erhielten die sozialdemokratische Liste und noch eine andere gegnerische Liste nur je einen Kandidaten, während die christlich-nationale Liste Nr. 3 mit 27 Ausschlußmitgliedern stimmen 6 Vorstandsmitglieder erhielt.

h. Braunfels, 5. März. Im Schloßhotel erpsodierte die Aetzphenanlage und fog durch das Dach ins Freie. Verletzt wurde niemand, der Materialschaden ist bedeutend.

Westerburg, 5. März. Die Gräfin Maria zu Leiningen-Westerburg-Al-Leiningen in Ibsenstadt (Oberhessen) wurde von der Königin von Bayern zur Ehren dame des Theresien-Ordens ernannt.

al. Vom Westerwald, 5. März. Auf der Grube „Dombstein“ bei Oberstedt kam der noch jugendliche Bergmann W. Einers von Offenbach (Dill) mit der rechten Hand in eine Klopffmaschine, so daß die Hand und der Arm zerquetscht wurden. In's Krankenhaus eingebracht, wurde ihm der Arm abgenommen. — Drei 11jährige Knaben brachten in dem Steinbruch der Gemeinde Streithausen eine Sprengpulverpatrone zur Explosion, indem sie durch Steinwürfe das Pulverhütchen entzündeten. Der eine Knabe erlitt dabei schwere Verletzungen an der Hand und starke Brandwunden im Gesicht. — Die Stadtverordneten im Oberborn haben beschlossene, die Taufensjahrfeier der Stadt am 30. und 31. August mit der Kirchweih und dem Sedansfest zusammen zu feiern. — Die Vieh- und besonders die Schweinepreise sind auf dem Westerwald bedeutend gesunken. Die Schweinepreise stehen zurzeit auf 57 bis 60 Pfennig Schlachtgewicht pro Pfund. Der Ladepreis ist pro Pfund von 80 auf 75 Pfg. herabgegangen. — Die Dolzpreise in den Gemeindevewandlungen sind durchwegs all hoch zu bezeichnen. Der Fehmetter Eichenstammholz wird bei entsprechendem Durchmesser nicht unter 100 Mark verkauft. Buchen- und Fichtenstammholz steht auch verhältnismäßig hoch im Preise; selbst das Brennholz erzielt trotz der vorhandenen Braunkohlen gute Preise.

Vom Main und Taunus

v. Sindlingen, 5. März. Die hiesige Kirchengemeinde führte seit Einrichtung der hiesigen Kaplanwohnung Klage gegen den Fiskus, der die Zahlung der diesbezüglichen Kosten in Höhe von 1800 Mark verweigerte. Die seinerzeit vom Fiskus angefragte Feststellungsfrage wurde am 2. März ds. Js. beim Landgericht in Wiesbaden zugunsten der Kirchengemeinde entschieden. Der Fiskus muß nicht allein die Unterhaltungskosten der Pfarrgebäude, sondern auch der in denselben nötigen Räume für den Hilfsgeistlichen bestreiten.

h. Krietal, 5. März. Die Gemeinderatswahlen für die 3. Klasse brachten den vereinigten bürgerlichen Parteien den Sieg über die Sozialdemokraten. Der bürgerliche Kandidat erhielt 104, der sozialdemokratische 42 Stimmen. Auch in der 2. Klasse unterlagen die Sozialdemokraten; in der 1. Klasse wurde Landwirt Kiohmann mit 13 gegen 10 Stimmen gewählt.

ha. Höchst a. M., 5. März. Eine Steuerermäßigung bringt der Rechnungsvoranschlag für das Jahr 1914. Und zwar erstreckt sich diese Ermäßigung auf die Einkommensteuer, die um 5 Prozent, auf 130 Prozent herabgesetzt werden soll. Wie Bürgermeister Dr. Jante in seiner Amtskrede ausführte, ist die Steuerermäßigung nicht auf den Generalparabon, sondern lediglich auf das günstige Ergebnis des Rechnungsjahres 1913 zurückzuführen. Hierdurch kann bei der Einkommensteuer selbst mit dem ermäßigten Zuschlag auf 24000 Mark Mehrerlöse gerechnet werden. Selbstverständlich rechnet der Magistrat auch damit, daß der Generalparabon dem Stadtadel noch etwas einbringt. Weiter wies der Bürgermeister darauf hin, daß mit dem Voranschlag zum erstenmal die 2. Million überschritten wird. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2076500 Mark ab. Der Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Veil begrüßt die vorgeschlagene Ermäßigung der Einkommensteuer. Hierdurch ersehe die Bürgerschaft, daß die Verwaltung der Stadt in den besten Händen liege. Man fühle allgemein Klage, daß die Gewerbetreibenden und Handwerker ihre Rechnungen immer so spät einreichen. Man wünscht Vereinfachung dieses Mißstandes.

g. Aus dem Kreise Höchst, 5. März. Die von einigen Schulparkassenverwaltern angeregte Versicherung gegen Diebstahl wurde vom Vorsitzenden der Kreisparkeasse abgelehnt. In dem Kundschreiben der Kreisparkeasse wurde mehr Voricht in der Ausbewahrung der Swageelder gewünscht, insbesondere deren Verlassen im Schulkolal als nicht empfehlenswert bezeichnet. Die Kreisparkeasse hält eine anderweitige Ausbewahrung, die genügend Sicherheit gegen Diebstahl bietet, für ausreißend und sieht deshalb von einer Versicherung der Schulparkassenverwalter ab.

h. Frankfurt a. M., 5. März. Bei einem bekannten Auktionator wurde neulich ein Gemälde für 38 Mark veräußert. Wenige Tage nachher verkaufte der neue Besitzer sein Bild für 600 Mark an einen Kunsthändler. Und diesem wurden jetzt mehrere Tausend Mark geboten; doch der Kunsthändler will das Werk für diese Summe noch nicht entäußern. Der erste Besitzer soll über die rasche Preissteigerung seines einstigen Eigentums wenig erfreut sein.

h. Frankfurt a. M., 5. März. Das Bissetfräulein Johanna Eise aus Mannheim erlosch sich infolge Stellenlosigkeit. — Heute früh entlebte sich der 20jährige Grischkat aus Weinsbach durch einen Schuß in die Schenkel. — In einer Drogenbandlung

der Großen Friedbergerstraße entstand beim Wälzen von Patronen eine Explosion, bei welcher der Lagerist Bucher im Gesicht und an der Brust erheblich verbrannt wurde. Ein zweiter Gehilfe kam mit leichteren Wunden davon. — Eine fremde Dame, die von Schwyz nach Basel reisen wollte, wurde auf dem Hauptbahnhof in Schupbach genommen, da sich Zeichen des Irrens bei ihr bemerkbar machten. Ihre Personalien konnten noch nicht festgestellt werden. — Zur Vorbereitung auf die Berliner Olympiade 1916 begann hier in der Kaserne des Inf.-Regts. Nr. 81 ein Sportlehrgang, an dem auch Offiziere und Soldaten teilnehmen. Den Unterricht erteilen Lehrer, die in Berlin ihre Ausbildung erhielten. — Vom Herbst an wird für die Mannschaften der hier die Ausbildung in der Leichtathletik als obligatorisches Unterrichtsfach eingeführt. — Obligatorisch, hoffentlich nicht; denn dafür geben nicht alle Väter ihre Söhne in die Kaserne. Man leite die Jungen Leute zu nützlicher Arbeit an, aber nicht zum Sport.

Frankfurt a. M., 3. März. In einer Sitzung des Sport-Verkehrsvereins hat Geheimrat Prof. Zöfel zum erstenmal öffentlich Kenntnis gegeben von einem von ihm entdeckten Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose bei Menschen, welches durch Einwirkung in die Beinen in die Blutbahn eingeführt wird und nach dessen Anwendung eine Berufstätigkeit des Kranken nicht ausbleibt. Trotz der ermutigenden Erfolge während der zweijährigen Erprobung des Mittels besonders bei Kehlkopftuberkulose, sind, beschränkt der Vortragende, zur völligen Erprobung des Mittels noch Versuche in größerem Umfang erforderlich.

Bom Rhein

g. Viehrich, 6. März. Am nächsten Dienstag findet im Vereinslokal abends 9 Uhr eine Verammlung des kath. Männervereins der Derg Jesu-Pfarrgemeinde statt. Vortrag! Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

o. Schierstein, 5. März. Bei dem diesjährigen Erfahrungsfest kamen von hier 80 Mann zur Vorstellung und zwar 33 vom ersten, 29 vom zweiten und 18 vom dritten Jahrgang. 45 Mann wurden ein Jahr zurückgestellt. — Die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung sind wie folgt festgesetzt: 1. März, von 4—7 Uhr, nachmittags, für die 3. Abteilung; 17. März, von 9.00 bis 11 Uhr vormittags, für die 2. Abteilung und von 11 bis 11.30 Uhr vormittags, für die 1. Abteilung.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Männergesangsvereinskonzert

Die Vortragsordnung des zweiten Konzertes hatte im wesentlichen den Schwerpunkt auf einen andachtsvollen Schubert: „Salve Regina“ und auf zwei bekannte schwierige Erzeugnisse der modernen Männerchorliteratur, auf Hegar's „Totenwacht“ und M. Neumann's „Der Trompeter an der Kapelle“. Drei außerordentlich schöne Solos von Charakteristischer Erfindung, Phantasie und reicher melodischer Steigerungsgabe, manchmal mehr orchesterhaft als vocal gedacht, und mit einem Stich ins Theatralische, im Ganzen aber dankbar und für große gesungene Vereine von durchschlagender Wirkung. Die durch harmonische Ausgestaltung und dramatische Färbung gleich wertvolle Wiedergabe durch den mit etwa 85 Sängern erschienenen Männergesangsverein ist kein einziger Wunsch offen. Eine weitere Idealisierung des Tones und weicherer pp werden sich noch erzielen lassen. Auch die anderen Chorgesänge von Abt, Kremser usw. erschienen wie aus einem Guss, vornehm in der Auffassung und voll Wärme des Vortrags und Ausdrucks. Es war ein Genuss, diesen in schillernder Schönheit und Natürlichkeit gesungenen Chören zu folgen.

Solltich beteiligt war Prof. Max Mara von Goeh aus Berlin, taunfisch wie ein sonniger Leinwandmorgen, die in Fiedern von Schubert, Brahms, K. Reichner, Wagner und Strauss einen köstlichen Messias, musikalischen Geschmack und Vortragsintelligenz bekundete. Wie sie das Piano, diese höchste, seltenste Stufe gefanglichen Könnens in den Dienst ihrer Charakterisierungsfähigkeit bringt, das ist bewundernswert. Weniger die Söfienlage, die noch weiterer Kultivierung bedarf. Und der Vereinschormeister, Herr Professor Franz Mannschardt, spielte mit oft gewürdigter Meisterschaft und musikalischen Feinsinn Klavierstücke von Chopin, Chopin und Liszt, doppelt anerkennenswert in dieser ereichreichen Zeit der Parifalnot. Hier paart sich Wollen und Können zu idealster Kunstleistung! Es gab viel Blumen und Rosenröschen und Weiskal, an dem auch zwei schimmgebarte Vereinskollegen, die Herren Gerhard und Aug. Arnold partizipierten.

Aus Wiesbaden

Neues Wiesbadener Regierungsgebäude

Nach dem amfischen Senographischen Bericht des Preussischen Abgeordnetenhaus machte Herr Landtagsabgeordneter Verwaltungsgerichtsdirektor Linz-Wiesbaden (Zentrum) betreffs eines Neubaus für die Königl. Regierung in Wiesbaden folgende Ausführungen: Meine Herren, ich wollte mir erlauben, bei diesem Anlaß nochmals einen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, den ich bereits vor einigen Jahren hier vorgetragen habe, und dessen Berücksichtigung vom Ministerium als anerkannt worden ist, ohne daß wir leider bis jetzt einen Schritt vorwärts gekommen sind. Es handelt sich um den noch meiner Auffassung und nach Auffassung aller beteiligten sachverständigen Kreise durchaus notwendigen

Neubau eines Regierungsgebäudes in Wiesbaden. Ich habe vor einigen Jahren bereits darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung in Wiesbaden in 4 verschiedenen Gebäuden untergebracht ist; die Präsidialabteilung hat ein besonderes und zwar nach ihrer Zweckbestimmung das größte Gebäude, ebenso die Schulabteilung, die Domänenabteilung, der Bezirksauschuss. In dem Gebäude des letzteren — darüber bin ich nun ganz genau orientiert — ist der Sitzungssaal in einem so unwürdigen Zustand, daß die Parteien, was doch im Allgemeinen nicht zur Ehre der Würde des Verwaltungsgerichts beiträgt, vielfach bis zum Richtertisch sich vorzudrängen und dort Platz zu nehmen suchen, weil sonst kein anderer Platz zur Verfügung ist. Da nun die Registratorien in ihren Spezialabteilungen untergebracht sind, die Abteilungen bei ihrem Dienstbetrieb vielfach aber auf die Akten der anderen Abteilungen angewiesen sind, so folgt daraus, daß die Akten meist auf der Straße sind und der Dezernent nicht zu den Akten kommt. Daß darunter das Dienstinteresse leidet und der Dienst nur erschwert statt beschleunigt wird, liegt auf der Hand. In neuerer Zeit haben sich die Verhältnisse noch insofern verschlechtert, als noch eine neue Abteilung, die Versicherungsabteilung, hinzugekommen ist, die nach einer miblen Schätzung etwa eine Viertelstunde von der Präsidialabteilung entfernt ist; dadurch haben sich die Schwierigkeiten natürlich erhöht.

Nun, meine Herren, komme ich auf die Frage der Sicherheit des Gebäudes. Nach meinem Begriff muß ich wirklich sagen, macht das Präsidialgebäude, worin der größte Teil der Regierung untergebracht ist, einen höchst feuerunsicheren Eindruck. Die Herren arbeiten vielfach in Zimmern, die gegeneinander nur durch Holz- und Tapetenwände abgetrennt sind, und wenn man selbst schon verschiedene Male den Weg zu den Arbeitszimmern gefunden hat, aber nicht selbst in der betreffenden Abteilung tätig ist, verliert man auf den Quer- und Winkelgängen den Weg zu ihnen. Wenn es nun auch wohl ganz gut ist, daß die königliche Staatsregierung bei öffentlichen Gebäuden ihr Augenmerk darauf richtet, daß die Feuericherheit und die Sicherheit des Gebäudes besuchenden Publikums gewährleistet wird, so meine ich denn doch: was dem einen recht ist, ist auch dem anderen billig. Die Herren, die bei der Regierung beschäftigt sind, haben doch wohl auch für ihre eigene Person einen ebenso berechtigten Anspruch auf Sicherheit für Leben und Gesundheit wie das Publikum.

Ferner ist hervorzuheben worden, daß das Gebäude durchaus standfest sei, daß seine Verankerung in den Boden keinen Anlaß gebe. Diese Behauptung hat nun in der letzten Zeit eine ganz eigentümliche Illustration erfahren; ich weiß nicht, ob das Datum der königlichen Staatsregierung schon bekannt ist. Als vor kurzer Zeit, wie ich weiß, sich in der Präsidialwohnung ein großes Erdbeben ereignete, fiel es schließlich mit derartigem Heftigkeit zu Boden, daß es einem reinen glücklichen Zufall zuzuschreiben ist, daß die in den Zimmern sich aufhaltenden Personen mit dem Leben davongekommen sind. Das spricht doch wohl dafür, daß die Sicherheit des Gebäudes sehr zu wünschen übrig läßt.

Meine Herren, zu diesen bringenden Gründen, die meiner Ansicht nach sehr lebhaft dafür sprechen — das ist seinerzeit vom Ministerium zugegeben worden —, einem baldigen Neubau des Regierungsgebäudes näherzutreten, kommt noch hinzu, daß der Fiskus meiner Ansicht nach gar nicht sehr durch den Neubau belastet werden würde. Er verläßt momentan über mehrere Gebäude mit sehr großen Grundstücksflächen, die nicht ausgebaut sind, die aber selbstverständlich, wenn das Regierungsgebäude neu gebaut würde, verkauft werden können. Der Erlös aus diesen fiskalischen Grundstücken — es wird der Regierung bekannt sein, daß bei den bebauten Grundstücken sehr viele unbenutzte liegen — wird eine ganz erhebliche Summe erbringen, die meiner Ansicht nach den Neubau vollständig decken wird, so daß größere fiskalische Fonds nicht eingestellt zu werden brauchen bezw. mit dem Erlös sich decken.

Meine Herren, wenn man diese Gründe, die ich soeben erläutert habe, Revue passieren läßt, und wenn man von der Staatsregierung vor einigen Jahren schon die Antwort erhalten hat, daß neu gebaut werden solle, dann fragt man sich wirklich doch, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Sache noch keinen Schritt vorwärts gekommen ist. Ich würde der Staatsregierung jedenfalls sehr dankbar sein — wenn sie nicht inzwischen ihren Standpunkt geändert hat, den sie vor einigen Jahren hier vertreten hat, daß nämlich meine Wünsche berechtigt seien —, von ihr zu erfahren, ob die Gründe der Verspöterung des Neubaus etwa auf einem anderen Gebiet liegen, das der königlichen Staatsverwaltung nicht untersteht. Jedenfalls ist es hohe Zeit, daß in der Sache vorwärts gegangen und mit dem Neubau bald begonnen wird, und ich hoffe, darauf eine entsprechende Antwort von der Staatsregierung zu erhalten.

Der Regierungsdirektor, Regierungskommissar Geh. Oberbaurat Saran, erwiderte: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten sind richtig. Es ist anzuerkennen, daß große Schwierigkeiten für den Dienstbetrieb der königlichen Regierung in Wiesbaden durch die Trennung der Behörde in 5 ziemlich weit auseinanderliegende Gebäude hervorgerufen werden; es ist auch richtig, daß der bauliche Zustand des Hauptgebäudes, des Präsidialgebäudes, wie es der Herr Vorredner nannte, eines aus nachstehender Zeit stammenden alten Bruchsteingebäudes, durchaus nicht ganz einwandfrei ist. Es ist aber doch so viel gefehlet, um zunächst noch einmal einige Jahre mit Ruhe die weitere Entwicklung der Sache abwarten zu können, so daß ich glaube: eine augenblickliche Weisheit für die Benutzer des Hauses besteht nicht.

Nun ist es ferner auch ganz richtig, daß die Umstände für

die Ausführung eines Neubausvorhabens selten wohl so glücklich liegen wie hier. Der Fiskus wird vermutlich durch den Erlös aus den alten Regierungsgrundstücken ohne nennenswerte große Aufwendungen in den Besitz eines neuen Regierungsgebäudes kommen können, und es wird sich für ihn nur um die Vergabe des Baugrunds handeln, welches auf dem Gelände der früheren Bahnhöfe bereits vorgeesehen ist, einem Gelände, das dem Fiskus gehört und ohnehin bei der jetzigen Konjunktur in Wiesbaden an Private aufzukaufen schwer zu veräußern ist. Demzufolge hatten sich auch die beteiligten Ressorts bereits über die Notwendigkeit eines Neubaus geeinigt, und es war ein Vorentwurf aufgestellt worden, für den der Bauplatz in dem erwähnten Gelände vorgeesehen war.

In diesem Stande der Sache schien der Stadt Wiesbaden der von ihr früher aufgestellte Bebauungsplan für dieses Gelände nicht mehr den Anforderungen der modernen Städtebaukunst zu genügen. Diese Erkenntnis kam vielleicht etwas spät; aber sie war durchaus richtig. Es war nicht zu bestreiten, daß der Bebauungsplan der Verbesserung bedarf. Die Stadt Wiesbaden hat dann mit Zustimmung der königlichen Staatsregierung einen Wettbewerb ausgeschrieben, hat daraufhin auch Pläne bekommen und zwei davon vor kurzem als die am besten geeigneten in Vorschlag gebracht. Man wird jetzt das Bauvorhaben wieder in Angriff nehmen und es so zu fördern suchen müssen, wie es die von dem Herrn Vorredner richtig geschilderten Verhältnisse bedingen.

Dresdener Bank

In der gestern stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrats der Dresdener Bank wurde die Bilanz für 1913 vorgelegt. Der Bruttogewinn beträgt einm. 276.598.65 M. Vortrag aus dem Vorjahre 43.447.490.45 M. i. R. 41.297.977.75 M. Nach Abzug von 16.624.795.20 M. (i. R. 15.841.515.45 M.) Handlungs-Aufkosten und Steuern, von 543.942.65 M. (i. R. 340.633.65 M.) Abschreibung auf Mobilien-Konto verbleibt ein Rein-Gewinn von 26.278.752.60 M. (i. R. 25.115.828.65 M.). Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuchs stellte sich auf 92.379.634.705.65 M. gegen 97.033.497.278 M. in 1912, die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 200.196 gegen 179.567 in 1912. Die Zahl der Angestellten betrug sich am Jahresabschluss auf 4636 gegen 4546 im Jahre 1912. — Die Dresdener Bank, die in Wiesbaden im Hause Wilhelmstraße 34 eine Depotkassette unterhält, schlägt der am 28. März stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 1/2 Proz. vor. Der Saldo auf neue Rechnung beträgt 206.693.35 M. (Siehe heutige Anzeige.)

Vortrag im Auhaus

Der vereinsliche Oberleutnant und türkische Hauptmann Walter Krey hielt gestern im kleinen Saale des Auhauses auf die Einladung des Mittelrheinischen Vereins für Luftschiffahrt hin einen interessanten Vortrag über den türkisch-bulgarischen Krieg und die Erfolge deutscher Flieger in diesem Kriege. Der Vortragende war von dem türkischen Militärverwaltung im Verlaufe des Krieges als Flugoffizier gewonnen und hat während des Kampfes an der Tschataldcha-Linie mit dem allein vorhandenen deutschen Doppeldecker — alle anderen Flugzeuge waren von den türkischen Fliegeroffizieren gleich zu Beginn des Krieges zerstört worden — von Stefano aus, mehreremale, mit dem jetzigen Kriegsmünister Enver bei als Passagier an Bord, eine Reihe von militärischen Erkundungsflogen ausgeführt. Das Bild, das er von dem türkischen Flugwesen entwarf, war wenig erfreulich: wie überall so herrschte auch hier völlige Unklarheit. Im zweiten Teile seines Vortrages schilderte er die Mobilmachung in Rumänien unter besonderer Berücksichtigung des Flugwesens und der in Bulgarien ausgeführten Flüge. Die Leistungen des rumänischen Fliegeroffiziers beschränkt er als mangelhaft. Beachtenswerte Leistungen trugen zum Verständnis des Vortrages viel bei. Der große Beifall, der den Worten des Vortragenden folgte, sollte nicht zum geringsten Teile den Dank zum Ausdruck bringen, den die Erschienenen dem mutigen deutschen Fliegeroffizier für die mannhafteste Vertretung deutschen Flugwesens im Auslande schenken.

Gewerbebeförderung im Reg.-Bez. Wiesbaden

Gestern fand im Regierungsgebäude zu Wiesbaden unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors Welter anstelle des verhinderten Regierungspräsidenten Dr. v. Meißner die konstituierende Versammlung des Gewerbebeförderungsausschusses für unseren Regierungsbezirk statt. Vertreter waren der Bezirksverband Wiesbaden durch den Landesbauhauptmann in Rastatt, Krelle, die Stadt Frankfurt durch die Stadträte Dr. Levin, Dr. Ziehen und Gewerbeinspektor Bock, die Stadt Wiesbaden durch Stadtrat Meier, die Handwerkskammer zu Wiesbaden durch den Vorsitzenden Obermeister Jung-Frankfurt und Stadtkassier Schneider-Wiesbaden, der Gewerbeverein für Nassau durch Landesbauassessor Reich, der Innungs-Ausschuss Wiesbaden durch Stadtverordneten Kollmayer, der zu Frankfurt durch Obermeister v. d. Emben, der zu Limburg durch die Herren Rauch und Kern, der Technische Verein Frankfurt durch Dr. Oppheim-Frankfurt. Die Vertreter erklärten, daß die sie vertretenden Organisationen grundsätzlich bereit seien, sich an der Bildung eines Gewerbebeförderungsausschusses zu beteiligen, dessen Zweck ist, die Tätigkeit der bei der Gewerbebeförderung im Regierungsbezirk Wiesbaden beteiligten Faktoren in zielbewußte, sich ergänzende Bahnen zu lenken und durch Ermöglichung eines Erfahrungsaustausches die Errungenschaften eines jeden einzelnen dem Ganzen zu Gute kommen zu lassen, sowie das im Bezirk anfallende Handwerk und Gewerbe in jeder geeigneten Weise zu fördern. Die Statuten wurden durchgesehen, verschiedene Wünsche der Handwerkskammer und des Gewerbevereins für Nassau berücksichtigt und genehmigt unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlungen von Frankfurt und Wiesbaden.

Bereinsbank Wiesbaden

Die Vereinsbank Wiesbaden G. m. b. H. (Geschäftsgebäude: Mannstrasse 7) hat ihren Geschäftsbericht für 1913 fertig gestellt.

Gräfin Laßbergs Enkelin

Roman von Fr. Lehne.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Bist schön dünn, daß du dem Hammerstein einen Korb gegeben hast“, meinte Derta. „Dann wärst du doch endlich von Bergau, von Großmama fortgekommen. Ich denke es mir gerade nicht erlaubt, so den ganzen Tag mit ihr zusammen zu sein.“

„Nieder das, Derta, als eine Ehe ohne Liebe — oder hättest du es getan?“

„Er hat ja nicht um mich angehalten. Geld hat er genug, daß man darüber seine Gläse vergessen könnte. Er hat jetzt 'nen mächtigen Biss auf dich und die Alte gleichfalls. Ich glaube, wenn Daffy nicht so arg in Lutz verhasst wäre, hätten sie auch noch die Freundschaft gekündigt. Aber Lutz ist doch ein so bildsamer Junge, und mit allen Bakern strebt sie nach ihm. Wenn wir auch kein Geld haben, oder nicht so viel, so sind wir doch vornehmer als Hammerstein, und das wissen sie recht gut; und das, eine Gräfin Laßberg, wo Großmama die vornehmste, angesehenste Frau des Kreises ist, hätten sie gar zu gern als Schwiegertochter gehabt.“

„Ach mag doch aber nicht, Derta!“

Lauernd blickte Derta auf die Pousine.

„Sie hätte gern gewußt, warum Duonne den jungen Hammerstein abgewiesen hat.“

„Ihr wäret alles recht gewesen, aus der Nähe der Großmutter zu kommen, die sie so fürchtete. Manchmal bedauerte sie Duonne doch, daß diese bei der alten, strengen Frau ausbleiben mußte.“

„Aber, Lutz, du hörst gar nicht, was ich sage!“

„Verzeih, teure Großmama! Der junge Offizier fuhr er Schroden aus seinem Sinnen auf. Seine Gedanken waren ganz wo anders gewesen.“

„In der Tat, Großmama! Ich glaube, der Rauch gehtere dich“, sagte er dann hinzu.

„Nachdem ich dir die Erlaubnis zum Rauchen gegeben? Du sollst dich wohl bei mir fühlen!“

Er neigte sich vor und küßte die kräftige weiße Hand.

„Seine Fürsorge rührt mich. Also wenn du gehstest —“

Er zündete sich eine frische Zigarette an, legte sich bequem in den Korbsitz zurück, ein Bein über das andere geschlagen, und seine Augen folgten den Ringeln, die er kunstgerecht zu rauchen verstand.

Sie sahen beide in der Veranda, die sich neben dem Wohnzimmer der Gräfin lag. Er war vor einer Weile gekommen, der Großmutter „guten Tag“ zu sagen. Duonne hatte er nur erst flüchtig mit einem heißen, verhöflichen Kuß begrüßen können. Und jetzt sah sie im Garten und dachte sehnsüchtig an ihn. Sie hatte ihm den Kaffee servieren müssen und war dann hinausgegangen, da die Großmutter sie nicht zum Bleiben aufgefordert hatte. Sie wäre nur ein föhrendes Element gewesen, dachte sie voller Bitterkeit.

Während der kurzen Minuten ihres Zusammenseins hatte sie aber doch bemerkt, daß es ihm ein Schatten über seiner Fröhlichkeit lag, daß er sich zur Ruhe zwingen mußte.

Dies war auch den scharfen Augen der Gräfin nicht entgangen, die den Enkel prüfend beobachtete. Er erkundigte sich jetzt nach ihrem Befinden.

Sie schaute ein wenig auf. „Duonne, dieses törichte, eigenstünne Geschöpf, hat mir viel Verdruß bereitet — unerhört!“

„Wieo, Großmama?“

„Seine Mutter hat es dir doch geschrieben.“

„Ja, ja — ach, ja, sie hatte dem jungen Hammerstein einen Korb gegeben. Im Vertrauen — ich gönne es ihm; mir wäre der Keil auch zu lab. Rege dich darum nicht auf, wenn Duonne nicht will. Des Menschen Wille ist kein Dimmelreich. Bleibt sie sitzen, ist's ihre Schuld.“

„Sie hat mich direkt bröckelt! Laß dir erzählen, Lutz. Siehst du, in solch unehrlicher Weise spricht sie mit mir!“

„Schloß sie ihren Bericht. Das Mädchen ist von einem Trost befreit, der mich manchmal rasend macht.“

„Dann schide sie doch fort“, meinte er gleichmütig.

„O, was denkst du, Lutz! Nein, das geht nicht! Wohin auch mit ihr? Sie soll unter meiner Aufsicht bleiben. Ihre Gedanken sind voller Rebellion und Ueberpantheit. Gernug, daß ich ihr das Seminar erlaubt habe.“

„Sie hat wohl viel dort gelernt?“

„Ja, Lutz. Ihre Beugnisse sind glänzend. Sie ist eminent begabt, schrieb mir der Direktor. Und ich habe mich tatsächlich darüber gefreut, sie war eine der besten der ganzen Anstalt.“

„Was nicht ihr das, wenn sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse nicht entsprechend verwerten kann!“

„Auf keinen Fall, Lutz. Sie trug sich allerdings mit dem Gedanken. Vielleicht ist das die Ursache, daß sie nicht heiraten will. Sie liebt den Hammerstein nicht — das war ihr Ausrede.“

„Er beschäftigte sich eingehend mit seiner Zigarette.“

„Vielleicht liebt sie einen anderen! Oder hat sie dir da nichts gesagt, daß sie ihr Herz auf dem Seminar gelassen hat?“

„Darum hab' ich auch schon gedacht, trotzdem sie nicht gesagt hat. Ich habe hin und her gemessen und beobachtet. Wer sie empfangt und schreibt selten Briefe. Die ich alle kontrolliere. Nein, nein! Ueber ein Jahr ist sie außerdem vom Seminar zurück.“

„Großmama, mache dir um Duonne das Leben nicht schwer, laß sie gehen, einmal wird sie schon vernünftig werden.“

Dann wechselte er das Thema, nachdem er erfahren, was er wissen wollte. Duonne hatte geschwiegen, keine Andeutung von ihrer Liebe gemacht, und das war ihm recht — gerade jetzt.

„Also in acht Tagen können wir Dagobert erwarten.“

„Glaubst du auch, daß er für Derta ein Interesse hat?“

„Man muß es betnahe annehmen.“

Lutz zuckte die Achseln.

Dagobert ist sehr verlässlich inbezug auf seine Herzensangelegenheiten; er spricht nie darüber, und man darf ihn auch nicht fragen.“

„Ich muß gestehen, daß ich es sehr gern leben würde.“

„Nun ja, ausgeschloffen ist es ja nicht. Beschalt läme er sonst so gern nach Bernried?“

„Hammersteins feiern in wenigen Tagen den Geburtstag Daffys.“

„Ich weiß es; Derta sprach schon davon.“

„Du bist natürlich mit eingeladen.“ Forschend blickte sie auf den Enkel. „Ich muß ja hierbleiben, nachdem Duonne sich so unverantwortlich benommen hat. Aber du, Lutz, darf ich dir etwas verraten? Man hofft auf dich! Made du mir wenigstens bald die Freude.“

Er sprang hastig auf und fuhr durch sein sorgfältig geschitteltes Haar.

„Großmama, mir steht wahrhaftig nicht der Sinn nach Heiraten.“

„Komm einmal her, mein Junge!“ Sie sagte nach seiner Hand und zwang ihn auf seinen Stuhl zurück. „Am Eihen und in Ruhe läßt sich alles viel besser erledigen. So, nun brichte einmal! Denn daß dich was drückt, das habe ich längst an deiner Zerfahrenheit gemerkt. Nein, nein, leugne nicht. Also — du hast Schulden!“

Er blickte vor sich nieder, einen sorgenvollen Zug im Gesicht; er nickte nur.

„Wie?“

„Frage mich nicht, Großmama!“

„Doch ich will klar sehen! Bitte, Lutz, sag' mir, wieviel.“

Er holte tief Atem, setzte an zum Sprechen, schweig aber doch. Es schloß ihm der Mut.

Da die Genossenschaft erst seit 1. Januar obigen Namen führt, war es das letzte Geschäftsjahr des alten, seit 1865 bestehenden Allgemeinen Bau- und Sparfassen-Vereins. Die Mitgliederzahl hat das fünfte Tausend fast erreicht; sie betrug 4977. Einem Zugang von 361 stand ein Abgang von 276 gegenüber, und zwar schieden aus 173 freiwillig, 56 durch Tod und 47 durch Ausschluss. Der Jahresumsatz betrug 256 726 349 M. Der Geschäftsertrag am 31. Dezember hat sich von 13 780 322 M. in 1912 auf 14 411 102 M. in 1913 erhöht. Eine ganz beträchtliche Steigerung, ungerichtet bei um 12 756 M. geringeren übernommenen Vorkosten aus dem Vorjahr, hat der Reingewinn zu verzeichnen. Derselbe betrug in 1912 155 771,69 M., in 1913 jedoch 182 886,89 M. Ein Kursoverfall an den Wertpapieren der Genossenschaft mit 9 228,26 M. wurde vorher auf Gewinn und Verlust-Konto verrechnet. Der Fünftel für die Geldnehmer war ohne Berechnung irgendwelcher Gebühren höchstens 6 Proz. und ermäßigte sich in den letzten Monaten des Jahres auf 5½ bzw. 5 Proz., andererseits wurde den Geldgebern für Darlehen gegen Kündigung 4 Proz. und für die gebührenfreie laufende Rechnung und Sparkasse mit täglicher Verzinsung 3½ Prozent vergütet. Der Hauptverdienst wird vorgeschlagen an Gewinn-Konten wieder 6 Proz., wie in den zwei Vorjahren, zu gewöhnen und mit Rücksicht auf die allgemeine Geschäftslage reichliche Rückstellungen zu machen. Die Gewinn-Anteile beanspruchen alsdann 78 940,24 M., während den beiden Rücklagenkonten 48 365 M. zur Erhöhung auf zusammen 740 000 M. der Rücklage für gefährdete Forderungen 29 341,32 M. überwiegen und ferner mit Rücksicht auf den voraussichtlich geringeren Einvertrag des laufenden Jahres ein großer Gewinnvortrag auf 1914 mit 16 036,72 M. übernommen wird. Weiter werden auf die Geschäftsgebäude und auf das Geschäft- und Hausgerät 4 703,61 M. abgeschrieben. Da in dem nächsten Jahre der Verein sein 50-jähriges Jubiläum feiert, wurden 5000 M. für diesen Zweck aus dem Reingewinn zurückgestellt. Ingesamt sollen aus dem diesjährigen Reingewinn zu Rücklagen 98 743,04 M. verwandt werden. Die Gesamtrücklagen der Genossenschaft betragen nach obigen reichlichen Zuweisungen 791 036,72 M. Die Hauptversammlung der Vereinsbank wird nach den Anzeigen auf die wir wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung noch besonders hinweisen, am 16. März, abends 8½ Uhr im oberen Saale der Wartburg, Schwalbacher Straße 51 stattfinden.

Som Reformhino

Das Wiesbadener Reformhino erfreut sich eines sehr regen Zuspruchs. An den letzten Spieltagen mußten vormittags Jugendvorstellungen für die Schulen angefertigt werden, da es nicht möglich war, die angemeldeten Schulen in den Nachmittagsvorstellungen unterzubringen. Für diese Woche sind Aufführungen in das Gebiet der Zoologie vorgezogen, wie Entwicklung der Wasserlauge, die Biologie, Leben des Schmetterlings, Seidenindustrie, Anlagen einer Kaufmannschaft u. a. Da diese Vorstellungen mit erlauternden Vorträgen stattfinden, können sie allen Naturfreunden nur bestens empfohlen werden. Für Erwachsene lohnt es sich sehr, eine der Abendvorstellungen zu besuchen. Näheres siehe Anzeige.

Lohnbewegung

Die städtischen Arbeiter Wiesbadens erstreben eine Aufbesserung ihrer Löhne und haben in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung beschlossen, nachdem frühere Eingaben keinen Erfolg gehabt hätten, eine erneute Eingabe an den Magistrat einzureichen, in der die Forderungen wie folgt formuliert sind: Ein Lohnzulage von 40 Pfg., Verlängerung der Mittagspause auf 1½ Stunden für sämtliche Arbeiter, auch in geschlossenen Betrieben, Bezahlung von 25 Prozent für Überstunden, Vergütung von Überstundenarbeit mit zwei Stunden, und zwar für 2 Kilometer Luftlinie; außerdem wird die Bezahlung der Wochenfeiertage verlangt. Es wurde festgestellt, daß von 98 Städten Wiesbaden an 96. Stelle steht mit Bezahlung der Wochenfeiertage, und zwar bezahle Augsburg, Karlsruhe, Mainz und Wiesbaden 50 Prozent, Krefeld 60, alle übrigen Städte 100 Prozent. Auch wurde noch der Wunsch geäußert, an einem Tag in der Woche die Arbeitszeit um eine Stunde zu kürzen, um die häuslichen Arbeiten erledigen zu können. Einstimmig wurde beschlossen, die Eingabe in der vorgelegten Form an den Magistrat abzugeben.

Postales

Die Postankalten sind ermächtigt worden, vom Publikum Bestellungen auf das Ortsverzeichnis zu den Postleitzahlen anzunehmen. Das für Zwecke des Postdienstes hergestellte Druckwerk enthält sämtliche Postorte des deutschen Reichs mit Bezeichnung ihrer Lage. Es ist ein Hilfsmittel für die richtige Adressierung der Postsendungen, da aus ihm auch die zufällige Bezeichnung für Postankalten mit gleich oder ähnlich lautenden Namen ersehen werden kann. Bestellungen auf das Ortsverzeichnis, das jährlich einmal — am 1. Mai — erscheint, müssen bis spätestens am 23. März erfolgen. Der Preis beträgt 60 Pfg. für das Stück.

Auszeichnung

Dem Mitglied des Arbeiter- und Militär-Vereins Wiesbaden, Rechnungsrat Bergien in Wiesbaden, ist vom Preussischen Landes-Feuerwehrverband für fünfzigjährige Mitgliedschaft das Jubiläumabzeichen mit der Zahl 50 verliehen worden.

Die Fleischer und ihre Kundhaft

In der letzten Generalversammlung der Fleischerinnung Wiesbaden wurde von fast allen Weggermeistern Mägen darüber gefaßt, daß die Kundhaft ihre Fleischerbestellung für Sonntags sehr oft erst am Sonntagmorgen kurz vor Lebensfrist aufgibt, jedoch die Bestellung sehr oft nicht ausgeführt werden kann. Soll die Bestellung aber ausgeführt werden und der Note des Weggers wird nur wenige Minuten nach der Lebensfristzeit auf der Straße von einem Polizeibeamten angehalten, so erhält der Weggermeister ungewisslich ein Strafmandat, dessen Höhe sich im Wiederholungsfall hehelt, bei manchen sogar schon 75 M. ausgemacht hat. Da man die Polizei die Verhängung von Haftstrafen bei wiederholter Nicht-

Sie betrachtete ihn mit ihren scharfen, dunklen Augen, die jetzt aber einen zärtlichen Ausdruck hatten, als sie ihre Hand auf seinen Kopf legte und ihn liebevoll fragte: „Wird es dir so schwer, zu deiner alten Großmutter Vertrauen zu fassen?“ „Nein, nein, keine Großmama, du bist die erste! Aber ich schäme mich meines Leichtsinnes vor dir.“ Sie runzelte die Brauen. „Auh, es ist — es sind doch keine Weibersachen? Du kennst meine Ansicht darüber; du sollst dich nicht wegwerfen.“ Er hob offen und ehrlich den Blick zu ihr. „Mein Wort, Großmama, das nicht! Aber wie es so kommt bei nicht zu reichlicher Zulage — man gibt oft mehr aus, als man hat. Dann das verfluchte „Jeu“, fügte er leise hinzu. „Auh!“ rief sie schmerzlich und mahnend. „Ja, Großmama, das verhängnisvolle Erbeil vom Vater her! So viele Wochen bin ich standhaft, weil ich stets deiner Worte eingedenk bin. Dann aber kommt mal eine Gelegenheit, wo man sich wirklich — wirklich nicht ausweichen kann, und dann sitzt man da, das Malheur ist da, fertig! Also es läuft ein Wechsel, zahlbar am 1. September.“ „Wieviel?“ „Großmama, jedstaufend Mark.“ Sie notierte die Summe. „So! Das ist noch nicht alles!“ „Noch Wapperschulden, so beim Schneider, Schuster und so weiter.“ „Wie viel das?“ „Aus dem Kopf weiß ich es wirklich nicht. Einige hundert Emmchen werden es wohl sein.“ „Dann ist es aber alles?“ Er schloste ein wenig und sah an ihr vorbei. „Auh, noch nicht alles!“ sagte sie mit sanftem Vorwurf. „Großmama, in meinem Leichtsinne hatt' ich für einen Kameraden eine Birgschaft übernommen; es war lediglich eine Form-fache. Und jetzt, einen Tag vor meiner Abreise, erklärt er mir, daß es ihm unmöglich ist, zu zahlen; wenn ich ihm nicht aus der Memme helfen wollte, wisse er nur den einen Weg. Großmama, er ist der einzige Sohn seiner Mutter, der Witwe eines Generals! Ich kenne ihn; er ist einer der weitesten Tat fähig — und ich wollte mir das schreckliche Bewußtsein eriparen, an seinem Ende mit Schuld zu sein, wenn ich ihn im Stich gelassen hätte. Das Geld ist mir ja nicht verloren; aber zum 1. August, wo ich es haben muß — durch meine Unterschrit — kann ich es nicht beschaffen.“

beachtung der diesbezüglichen Vorschriften angebroht hat, der Wegger also sozusagen mit einem Fuß im Gefängnis steht bei Ausführung von derartig spät angegebenen Bestellungen, soll die Kundhaft um mögliche Aufrechterhaltung der Aufträge am Samstagabend ersucht werden, um auch andererseits nicht selbst einmal in die Verlegenheit zu geraten, am Sonntag keinen Bresten auf dem Tisch zu haben.

Bermishte städtische Nachrichten

Die nächste Vollversammlung der Handwerkskammer findet am Sonntag, den 7. und Sonntag, den 8. März, findet hier in den Sälen des „Wartburg“-Restaurants der 24. Verbandstag sächsisch-deutscher Dachdeckermeister statt.

Bestimmungen wurde in Höchst der Arbeiter Staudigl, der von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle strafrechtlich verfolgt wird.

Der Hausbursche Friedrich Hoffmann einer hiesigen Wäscherei ist unter Mitnahme von 100 M. Kundengeber und einem blau lackiertem Fahrrad, Marke Victoria Nr. 306 230, geflüchtet.

Solzverteilungen

Sonntag, 7. März, nachmittags, sollen im Distrikt „Eolische“ verteilt werden: 1. 170 Eichen-Stangen 3. Kl., 2. 60 Eichen-Stangen 4. Kl. (Baumstämme), 3. 5000 Eichen-Wellen. Zusammenkunft nachmittags 3½ Uhr vor Klement (Restaurations „Jägerhaus“).

Am vergangenen Montag hat im Distrikt Koblack die letzte größere Solzverteilung stattgefunden. Es wurden dabei Durchschnittspreise erzielt wie folgt: für Buchenstämme 29 M., für Buchen-Bengelholz 21,50 M., für Buchenwellen 10 M. Durchweg waren bei der Verteilung die Preise nicht unerheblich höhere als in früheren Jahren.

* Milde Gaben. Für die Franziskaner-Mission in Japan (Hungersnot) beim Verlag eingegangen 5,50 M. Weitere Gaben werden gern entgegengenommen.

Kunstnotizen

Das dritte Volkskonzert des Volksbildungvereins findet nächsten Sonntag, 8. März, nachm. 4 Uhr im Saale des Turnvereins, Dellmannstraße 25 statt unter Mitwirkung von Fr. Ludwig Schäfer (Sopran), Elisabeth Söllowski (Klavier), Hertha Krudt (Violine) und Hedwig Hertel (Cello), sowie des Männergesangsvereins „Silba“ unter Leitung seines Chorleiters Hermann Stiller. Das reichhaltige und abwechslungsreiche Programm verspricht einige gemütvollende Stunden.

Das Thalia-Theater bringt am Sonntag, 7. März und folgende Tage das Meisterwerk der Weltliteratur „Die drei Musketiere“ von Alexander Dumas heraus. Der Film führt uns in die abenteuerliche Zeit des 17. Jahrhunderts. Manche Szenen sind von überaus großer Wirkung, die Aufführung wird auch in Wiesbaden dem größten Interesse begegnen.

* Vortragsabend. Am Mittwoch nächster Woche veranstaltet die Kurverwaltung einen Vortragsabend, an dem der hiesige Schriftsteller Heinz Gorrens über das Thema sprechen wird: „Weltbürger und Heimatland in der deutschen Literatur unserer Zeit“. Daran schließt der Vortrag von „Zeit- und Streitsprüche“, von Gedichten über „Leben und Liebe“ und über „Rein und Wein“. Vortragende sind Frau Elise Gorrens-Tenschert und Rudolf Ritter-Schönau vom Wiesbadener Residenztheater.

Soziales

Berlin, im März. Aus der Praxis einer Versicherungs-gesellschaft wird dem „Berl. Tagbl.“ ein merkwürdiger und für die Allgemeinheit der Versicherten wenig erfreulicher Vorgang mitgeteilt. Die „Witwenkasse“ in Magdeburg, Subdirektion Berlin, schreibt unterm 18. Januar ds. J. einem Versicherungsnehmer, welcher vierzig Jahre lang Prämien gezahlt hat, folgendes:

„Hierdurch nehmen wir Veranlassung, Ihre durch Post Nr. 726 geschlossene Unfallversicherung zum 4. April 1914, mittags 12 Uhr, zu kündigen. Wie demerschen ergeben, daß unsere Gesellschaft zur Verlängerung der Versicherung wegen Ihres vorgeschrittenen Lebensalters zu Ihrem Behauern nicht instande ist. Erfahrungsgemäß erhöht sich mit zunehmendem Alter das Unfallrisiko, auch sind die Unfallfolgen bei Personen höheren Alters regelmäßig schwererer Natur, so daß selbst gegen Berechnung höherer Prämie das Risiko nicht mehr getragen werden kann. Hochachtungsvoll gez. „Witwenkasse“ in Magdeburg, Allgem. Versicherungs-gesellschaft, Subdirektion Berlin I.“

Daß das Unfallrisiko sich mit zunehmendem Alter erhöht, mag demerschen zutreffend sein. Festwegen aber gerade zählt ein Versicherungsnehmer sein ganzes Leben lang die Prämie, um in der Zeit, wo ihm erfahrungsgemäß am ehesten ein Unfall zustoßt, gegen die wirtschaftlichen Folgen eines solchen gesichert zu sein und für die bisherigen Leistungen auch auf Gegenleistungen rechnen zu können. Wenn nun noch nach vierzigjähriger Dauer des Versicherungsvertrages eine Versicherungs-gesellschaft einseitig und ohne Entschädigungsleistung vom Vertrage zurücktreten kann, so liegt darin eine Härte, gegen die der Versicherte gekämpft werden sollte. Gestattet das Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag eine derartige Praxis der Versicherungs-gesellschaften, so scheint eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen doch wohl geboten. Denn hier zeigt sich ein krasser Gegensatz zu der allgemeinen und berechtigten Tendenz unserer Zeit, wie sie besonders in der sozialen Versicherung zum Ausdruck kommt, den Menschen in seinem Alter gegen Schädigungen und Gefahren zu schützen, indem man ihn sein ganzes Leben lang Vorkehrungen dagegen treffen läßt.

Letzte Nachrichten

Durchgangsverkehr in Holland und Deutschland verboten

Rotterdam, 6. März. Der deutsche Gesandte im Haag hat nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ der holländischen Regierung mitgeteilt, daß die preussische Regierung wegen der in Holland verzeichneten Fälle von Maul- und Klauenseuche den Durchgangsverkehr von holländischem Reich durch Deutschland verboten hat.

Russische Feldarbeiter

Petersburg, 5. März. Nach Prüfung einer vom Handelsminister vorgelegten Gesetzesvorlage über den Abgang russischer Feldarbeiter ins Ausland, hat der Minister rat beschlossen, den Handelsminister zu beauftragen, in der Reichsduma eine Gesetzesvorlage einzubringen über die auf dem Seewege abgehenden Arbeiter. Der zweite Teil der ursprünglichen Gesetzesvorlage betreffend die Arbeiter, welche auf dem Landweg beispielsweise nach Deutschland und Dänemark abgehen, soll von einer Sonderkommission des Ackerbauministeriums einer Vorprüfung unterworfen werden. Der Minister hat sprach dann den Wunsch aus, es möge in beiden Fällen dafür gesorgt werden, daß durch den Abgang russischer Arbeiter während der Feldarbeiten die Interessen der russischen Landwirtschaft nicht leiden.

Der Aufruhr in Brasilien

Rio de Janeiro, 5. März. Die Generale Moraes und Azevedo, zwei Obersten, ein Major und ein Hauptmann der Garnison von Rio de Janeiro sowie die Direktoren zweier Oppositionsblätter sind verhaftet worden. Der Kriegsminister hat den Truppenteilen des Heeres und der Marine befohlen, sich für jeden Fall bereit zu halten.

Aus Mexiko

El Paso, 5. März. Louis Tarrasas jun., der viele Monate von den Rebellen gefangen gehalten wurde, hat bis morgen an General Villa 50 000 Dollar zu bekaufen bei Todesstrafe. Dadurch, daß sein Vater gestern Abend das Geld auszureiben suchte, wurde die Nachricht bekannt. Da seine Anstrengungen vergeblich waren, wurde an Villa telegraphiert, daß der Vate mit dem Gelde erst morgen Abend ankommen werde.

Quarez, 5. März. Die von den Rebellen eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Todes Benjamins und Bujachs hat ihre Tätigkeit begonnen.

f. Kassel, 5. März. Die hiesigen Wirt- und Hoteliers sind in einer Entschlieung bei der königlichen Regierung und den einschlägigen Stellen vorzeitig geworden und haben um Schluß der Bars, jene Stätten des Laßers und der Schamlosigkeit mit ihren mehr als eigenartigen Geschäftspraktiken gebeten und gebordert, den Bars die volle Nachtkonzession zu entziehen und ihnen nur bis 10 Uhr den Betrieb zu gestatten.

Briefkasten

F. A. in B. Die Erbschaftsteuer unter Geschwistern beträgt 4 Prozent.

W. E. in Schw. Eine derartige Anstalt gibt es nicht; es muß überall gezahlt werden, und wenn es durch den Ortsamenverband geschieht.

G. D. in Wiesbaden. Ja! Die hierfür zu leistenden Gebühren sind nur gering.

Standesamt Wiesbaden

Gestorben. Am 2. März: Ehefrau Margareta Holler, geb. Dichtmann, 47 J. Ehefrau Johanna Trost, geb. Stahl, 61 J. Ledemotivdeizer Josef Eibenburg, 33 J. — Am 3. März: Schloßergeselle Wilhelm Thurn, 39 J. Wwe. Sofie Hoffmann, geb. Lender.

Marktberichte

Wiesbaden, 5. März. (Fruchtmarkt.) Preise für 50 Kg.: Hafer 8,30—8,50 M., Weiz 3,00—3,70 M., Weizen 2,10—2,20 M., Krummweizen 1,80—2,00 M. Es wurden angefahren 8 Wagen mit Hafer, 19 Wagen mit Weiz und 7 Wagen mit Weizen.

Sadamar, 5. März. (Fruchtmarkt.) Roter Weizen 16,50 M., Weißer Weizen 15,80 M., Korn 12,00 M., Futtergerste 9,50 M., Hafer 8,10 M., Butter per Pfd. 1,10 M., Eier 2 Stück 15 Pfg.

Aus dem Vereinsleben

* Altarverein. Montag, 9. März. Arbeitsstunde in St. Bonifatius vormittags von 10—12½, nachmittags von 3—6 Uhr.

* Marienbund St. Bonifatius. Sonntag, 8. März. Morgens während der 7 Uhr-Messe in der Bonifatiuskirche gemein-schaftliche hl. Kommunion. Die Pflicht- und Obergemeinunion ist am Ende der Missionwoche für die Jungfrauen am Sonntag, 5. April, wozu noch eigens eingeladen wird. Sonntagnachmittags 4 Uhr im Hofst. zum hl. Geist: Anabat mit Segen. Am 6. März: Festabend. Dienstag und Freitag: Französisch bzw. Englisch. Mittwoch-Abend: Arbeitsstunde der Missionsabteilung. Es wird um vollzählige Erscheinen gebeten.

* Die Sport-Vereinigung „Eos“ unternimmt am kommenden Sonntag, 8. März, ihre erste diesjährige Hauptversammlung mit Damen nach Idstein, Admarß morgens 7 Uhr vom Seebad. Die Tour führt über die Platte, Trompeter, nach der Hohen Kanzel durch das Wäldchen nach Idstein.

Bereinskalender

Samstag, 7. März

Gesellen-Verein. Abends von 8 Uhr ab ist die Sparkasse geöffnet. 9 Uhr Sitzung des Deklamationsklub.

Katholischer Fürsorgeverein Johannesstift G. B. „Schutz und Rettung der gefährdeten weiblichen Jugend“. Auskunft, Rat und Hilfe während der Sprechstunden täglich von 9—12½ und von 3—6 Uhr, Büro, Lützenplatz 8, p.

Kathol. Männer-Fürsorge-Verein

Zweck: Schutz und Rettung der gefährdeten männlichen Jugend. Büro: Lützenplatz 8. Sprechstunden Dienstag, Donnerstag u. Samstag. Nachmittags von 6—7 Uhr.

Umtliche Wasserstands-Nachrichten

vom Freitag, 6. März, vormittags 11 Uhr

Rhein	gestern	heute	Wain	gestern	heute
Waldshut	—	—	Wörzburg	—	—
Kehl	—	—	Worms	—	—
Worms	—	—	Wiesbaden	—	—
Wiesbaden	—	—	Wiesbaden	2,14	2,12
Wiesbaden	0,38	0,43	Wiesbaden	—	—
Wiesbaden	1,14	1,23	Wiesbaden	0,93	1,01
Wiesbaden	2,90	1,98	Wiesbaden	—	—
Wiesbaden	—	—	Wiesbaden	—	—

K. Eichhorn Optisch-mech. Institut
Wiesbaden, Neugasse 20, nächst der Marktstrasse

Wetter-Nachrichten
vom 6. März mittags 12 Uhr

Meist trocken, Niederschläge, mild, starke westliche Winde.

Höchster Thermometer-Stand gestern Nachmittag 2 Grad C.
Niedrigster Thermometer-Stand heute Morgen 6 Grad C.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Samstag, 7. März, 11 Uhr: Kochbrunnen-Konzert bei Kapelle Paul Trendenberg. 1. Prinz Heinrich-Marsch (Eisenberg). 2. Infanterie-Quartett (Kletter). 3. Duett aus der Oper „Samson und Dalila“ (Saint-Saens). 4. Weichen am Wege (Walzer (Reitrod). 5. Fantasie aus der Oper „Aida“ (Verdi). 6. Chinesischer Tanz (Peter Schreiner). * 4 Uhr: Abonnements-Konzert. Leitung: Herr. J. J. Dabertüre zur Oper „Raymond“ (A. Thomas). 2. Malaguena aus der Oper „Bohndel“ (M. Moszkowski). 3. Air (F. S. Bach). 4. Siegfried-Rheinsehner aus dem Musikdrama „Götterdämmerung“ (R. Wagner). 5. Variationen aus der Sereenade op. 8 (L. v. Beethoven). 6. Duvertüre zur Oper „Der Nordstern“ (G. Meyerbeer). 7. Fantasie aus der Oper „Aida“ (G. Verdi). * 8½ Uhr im großen Saale: Operetten-Abend. Orchester Städtisches Kurorchester. Dirigent: Kapellmeister Carl Weiskopf vom Stadttheater in Danau. Regie: Direktor Adolf Stetter.

Für Erholungsbedürftige und leichtere Nerven. Kranke. Sommer u. Winter besucht. Kuranstalt Hofheim l. T. ½ Stunde v. Frankfurt a. M. Prospekt durch Dr. Schulze-Kahleys, Nervenarzt.

Preussischer Landtag.

Stimmungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.
— Berlin, 5. März.
Zwei Stunden verhandelte man heute über den Entwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund. Nicht Gemeinden wünscht Dortmund sich anzuschließen, namentlich um der Wohnungsnot in dieser Bier- und Bergbaustadt zu wehren. Ein konservativer Antrag möchte hier dieser Vororte dem Landkreise erhalten. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, und der Entwurf unbenändert in dritter Lesung beraten. Die Beratung über Herrn Sydows Etat wurde fortgesetzt. Besonders nahm man sich der Interessen des Mittelstandes, namentlich des Handwerks und des Kleinhandels, an. Ein Antrag des Abg. Hammer (kons.) um Maßnahmen gegen ein Elektrizitätsmonopol und zum Schutze der elektrischen Kleinbetriebe wurde von allen Mitgliedern beifällig angenommen. — Morgen Weiterberatung des Handelsetats.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 5. März.
Am Ministerisch: Rommelfare.
Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min.
Zweite Beratung des Entwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und Änderung der Amtsgerichtsbezirke Castrop und Dortmund.
Abg. v. Gieseler (kons.) begründet einen Antrag, entgegen der Regierungsvorlage die Landgemeinden Gving und Kemminghausen beim Landkreise Dortmund zu belassen.
Ein Regierungskommissar: Man soll einen solchen Gesetzesentwurf annehmen oder ablehnen, ihn aber nicht zurückziehen.
Abg. Schwedendiek (nsl.) und Eue (Soz.) sprechen sich gegen den konservativen Antrag aus.
Abg. Dr. Bredt (freikons.): Auch wir sind für den Entwurf.
Nachdem die Abgg. Gronowitz (Soz.) und Traub (Soz.) sich für die Vorlage erklärt haben, wird der konservative Antrag abgelehnt und der Entwurf unbenändert in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Stat der Handels- und Gewerbeverwaltung

Das Haus setzt sofort die allgemeine Besprechung zum
Zu dem liegt der Antrag Hammer (kons.) gegen ein Elektrizitätsmonopol vor.
Abg. Dr. Pieper (Soz.):
Im allgemeinen kann man sagen, daß die vorhandenen gesetzlichen oder Verwaltungsmassnahmen im Interesse des gewerblichen Mittelstandes sich als lebensfähig erwiesen haben und daß Handwerk und Kleinhandel es verstanden haben, diese Massnahmen zur Durchführung zu bringen. In den Handwerkskammerberichten, auf den Handwerks- und Gewerbe-Kammertagen wird immer mehr betont, daß die Selbsthilfe der Handwerker und Kaufleute das meiste leisten muß. Das ist ein erfreulicher Fortschritt gegen frühere Jahrzehnte, wo insolge Weismismus der Mittelstand das meiste vom Staate erwartete und wenig Vertrauen zu der organisierten Selbsthilfe hatte. Die bürgerlichen Parteien sind sich im großen und ganzen auch darin einig, daß die Mittelstandsgesetzgebung gut gewesen ist und daß dort, wo noch Lücken sind, diese ausgefüllt werden müssen. Das war nicht immer so. Früher haben die Rechtsparteien vielfach offen gestanden in der Beziehung. (Sehr richtig!)

Es findet höchstens noch über das Maß eine Erweiterung statt, wie weit die Gesetzgebung zugunsten des Mittelstandes noch gefördert werden könne. Aus den Handwerkskammerberichten, vor allem der Kammern, die inmitten einer großen Inbuhrlieberdifferenz arbeiten und deshalb am meisten mit dem Wettbewerb des Großbetriebes zu rechnen haben, kann man ersehen, wie hier fruchtbringende Arbeit geleistet worden ist. Die Handwerkskammern haben sich tatsächlich als der Stützpunkt der ganzen Handwerksfähigkeit im Lande erwiesen, und das vor allem, weil die Handwerkskammern in ihren Mitgliedern noch und nach eine Klasse der tüchtigsten Handwerker vorgekommen haben. Man möchte an erster Stelle von den Handwerkskammern erwarten, daß sie zu allen schwebenden Fragen, auch zu den Fragen der Gesetzgebung, Stellung nehmen. Auch in der Beziehung hat sich gezeigt, daß der Wirklichkeitsinn, das realpolitische Verständnis sehr stark fortgeschritten ist. (Sehr richtig!) Deshalb kann man es auch verstehen, daß sich die Handwerker auf den Handwerks- und Gewerbe-Kammertagen bogenen wehren, wenn z. B. in der Regelung des Verbringungsweises praktische Massnahmen von den Handwerkern getroffen werden sollen, daß freie Vereinigungen den Entwurf erheben, die Durchführung der Massnahmen zu übernehmen. Wenn wir nun einmal die Handwerkskammern, und unter ihnen die Innungen, die Innungsausschüsse und Verbände geschaffen haben, dann sollen wir auch dieser beruflichen Vertretung des Handwerks die Durchführung dieser Massnahmen gönnen. (Sehr richtig!) Die erfreuliche Selbstbetätigung des Handwerks ist auch dadurch fast gefördert worden, daß das Reichsamt des Innern fast alljährlich sich mit den Vertretern des Handwerks über diejenigen Fragen ausein-

setzt, die zur Lösung reif geworden sind. Solche Verhandlungen sollte man nach dem Wunsch meiner politischen Freunde alljährlich stattfinden lassen. Dem Antrag Hammer werden wir zustimmen. Die Melioration haben gut gewirkt. Die Handwerkerfragen kann man nicht durch Erlasse von oben regeln, die ganzen Materien müssen gründlich durchsprachen werden, und man sollte zu diesem Zwecke
Beratungsstellen
einrichten nach dem Vorbilde der Bauernberatungsstellen. Das Vorgesetzte in dem muß bekräftigt werden, heute bezahlen selber viele besser situierte Leute ihre Handwerker nicht. Diese Frage läßt sich lösen, wenn sich die Handwerker nur einig sind. Dem Kleinhandel fehlt ein besserer Schutz gegen die Wandlerager und den Hausierhandel; hoffentlich wird aus den Beratungen des Reichstages etwas Erpressliches herauskommen. Kleinhandels-Ausschüsse müssen praktische Arbeit leisten und einen Stützpunkt für den gesamten Kleinhandel bilden. Es würde das Selbstvertrauen der Kleinhandels-Ausschüsse nur bedingten, wenn auch die Regierung Vertreter zu ihnen schickte. Die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten verdient unsere volle Anerkennung. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Schröder-Cassel (nsl.): Wir sind mit der Tendenz des Antrages Hammer einverstanden. Wir begrüßen es, daß der Minister in der Frage der Dienstbotenversicherung und der Landstrafenstellen die Initiative ergriffen hat. Nach dem Erlaß der Reichsversicherungsordnung muß in der Sozialpolitik etwas Neues eintreten. Kameralisch bitten wir, von einer Arbeitslosenversicherung abzusehen. Der vom Minister über die Warenhäuser herausgegebene Erlaß ist leider nicht genügend durchgeführt worden. Die Rechtsprechung war bisher dem Handwerker sehr ungünstig, da alle größeren Vertriebe für Fabriken erklärt wurden. Nach der neuesten Entscheidung der Regierung wird das hoffentlich anders werden. Auch Schutz des Geleitetes wird vielfach gewünscht. Bestrebungen, den Handwerkern zu dem gebührenden Lohne zu verhelfen, werden wir stets unterstützen. Auf dem Gewerbegebiet in Halle erhielt bei einer Vergütung aus dem Submissionswege, trotz Bewerbung zweier Zimmermeister ein Maurer den Auftrag, der nicht einmal den Meisterpreis für seine Leistungen ausbilden kann und sogar mit Zucht haus verurteilt war. (Hört! Hört!) Trotz einer gewissen Ausschließungsmöglichkeit möchte ich doch die Dresdener Handwerksausstellung warm empfehlen. Wir werden alles daran setzen, um den Mittelstand, der die stärkste Stütze des Staates ist, dauernd zu kräftigen und zu erhalten. (Beifall.)

Handelsminister Dr. Sydow: In allen wichtigen Fragen ziehen wir die Handelskammern zu Rate und lassen besonders die kleinen Handelsauschüsse sich äußern, so beim Zugabewesen. In einer Organisationsänderung dieser Ausschüsse liegt noch kein Anlaß vor. Abgesehen von der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bankforderungen ist der erste Teil reformbedürftig; ich bin deshalb mit dem Reichstagen in Verbindung getreten, daß eine Überwachung der Führung der Bankbücher geschaffen und eine Strafbarkeit nicht erst bei Nichtzahlung eintritt soll. Die Frage des Lehrlingsbegriffes und des Schutzes des Geleitetes wird sorgfältig geprüft. Tarifermäßigungen für die Dresdener Ausstellung sind vom Handwerkskammerrat bereits bei dem Minister für öffentliche Arbeiten beantragt. (Beifall.)

Abg. Krause-Waldenburg (freikons.): Mit dem Antrag Hammer sind wir einverstanden. Eine Kommissionsberatung erscheint uns nicht nötig. Nach den Erklärungen des Ministers hoffen wir, daß die Frage der Bekämpfung des Zugabewesens und die Frage der Warenhäuser in einer gezielten Weise gelöst wird. Trotz aller Befürchtungen und Regierungsvorstellungen steht das Verbringungsweises immer noch auf dem alten Fieße.
Abg. Wense (Soz.): In den Landtag müssen auch Handwerker hinein. Im Herrenhaus ist der Mittelstand und das Handwerk fast gar nicht vertreten. Die Monopolbestrebungen in der Elektrizitätsindustrie beklagen wir auch. Die Regierung und die Provinzialparlamente sollten bei den kleineren elektrischen Betrieben mehr Beschränkungen machen. Eine gewisse Beschränkung des Hausierhandels würde ich auch nicht beklagen. Die Kaufleute selbst wünschen eine Altersgrenze von 25 Jahren mit Einschränkung der Beschäftigung von Ausländern. Dem Mißbrauch des Hausierhandels durch Kinder ist eine reichsgesetzliche Regelung die beste Lösung. Wenn man die Warenhäuser erhöhen will, dann muß man auch die Warenhäuser des Bundes der Landwirtschaft und die Beamtenwarenhäuser erlassen. Dem Gastwirtstand sollte man nicht durch rigorose polizeiliche Massnahmen über die Polizeistunde usw. das Leben noch saurer machen. Hieran vertritt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.
Schluß 4 Uhr 30 Min.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbericht aus dem Reichstage.
— Berlin, 5. März.
Noch immer beschäftigt sich der Reichstag mit dem Postetat. Auch heute zeigten die Reichsboten, daß in ihrem Innern ein warmes Herz für die Postbeamten, ihre Klagen und Wünsche schlägt. Auch heute verlief der Anfang der Sitzung zu einer erregten Aussprache kam es, als ein Antrag auf Wiederherstellung der Osmarkenzulagen besprochen wurde. Die Regierung hat um Bewilligung der Zulagen, und sie fand Erhellung bei den Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittlichen, dem „seligen“ Willoblock, der bei solchen Gelegenheiten seine Aufferstehung feiert“, wie Abg. Ledebour (Soz.) meinte, während Centrum, Sozialdemokraten und Polen gegen den Antrag waren. Er wurde denn auch abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Wiederherstellung der Zulagen in allen gemischtprachigen Bezirken. Nachdem noch Wünsche der Telegraphenarbeiter erörtert worden waren, vertrat man die Weiterberatung auf morgen.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.
228. Sitzung. — Donnerstag, den 5. März.
Am Tische des Bundesrats: Kraetke.
Präsident Dr. Raempp eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Min.
Der Postetat.
(Vierter Tag.)
Einzelberatung.
Abg. Werner-Hersfeld (Nep.) tritt für Vervollständigung der Telegrapheninspektoren und Postagenten ein.
Abg. Dr. Neumann-Hofer (Op.) bittet darauf zu achten, daß die Postagenten den ansässigen Kaufleuten nicht Konkurrenz machen.
Staatssekretär Kraetke erwidert, daß für die Postagenten erhebliche Summen zu Aufbesserungen ausgesetzt worden sind, und daß nur Persönlichkeiten zugelassen werden, die das Vertrauen der Gemeinde genießen und den ansässigen Gewerbetreibenden keine Konkurrenz machen.
Eine Resolution, die eine Erhöhung der Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Assistenten und eine Erhöhung der Bezüge der Schreinerinnen bei den Postämtern fordert, wird angenommen, ebenso eine weitere Resolution, die einen Bericht über die Massnahmen zur Ausgestaltung der Kronenklassen verlangt.
Die Osmarkenzulagen.
Die Budgetkommission hat die Osmarkenzulagen in Höhe von 1200000 Mark wieder getrieben. Die Abg. Wasser mann (nsl.), Schulz-Bromberg (Op.), Graf v. Westarp (kons.) beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Ferner fordern eine Resolution Schulz-Weser und der Reichskanzler auf, zu erwägen, ob solche Zulagen nicht auch auf andere gemischtprachige Kreise und Reichsteile ausgedehnt werden können.
Staatssekretär Kraetke: Die Verwaltung legt auf die Osmarkenzulagen außerordentlichen Wert. Es handelt sich um 6000 Beamte, die jahrelang diese Zulagen bezogen und sich darauf eingerichtet haben. Nun sollen sie auf einmal 10 Prozent ihres Gehalts verlieren. Der Schaden ist durch die Beförderungserhöhung für die mittleren und unteren Beamten nicht ausgeglichen worden. Man hat behauptet, die Zulagen hätten forumpierend gewirkt. Sie sind doch aber jahrelang gezahlt worden, ohne daß dieser Vorwurf erhoben wurde. Der Vertreter der polnischen Fraktion hat kein Wort davon gesagt, daß die Beamten forumpriert seien. Die Beamten haben ihren ganzen Lebensplan, ihre Wirtschaftsführung, die Versorgung ihrer Kinder, auf die Osmarkenzulage aufbauen. Sie haben ein Recht darauf, den preussischen Beamten gleichgestellt zu werden, die diese Zulagen beziehen. Die Osmarkenzulagen haben keinen politischen Charakter, es handelt sich nur um das Wohl der Beamten. Ich bitte dringend, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.
Abg. Schlee (nsl.): Es mutet wunderbar an, wenn man behauptet, die Osmarkenzulagen verletzten politische, antipolitische und antisozialistische Tendenzen. Das Gegenteil ist richtig. Wir denken an keinen Kulturkampf und lehnen jede antisozialistische Agitation ab. Denn alle Deutsche ohne Unterschied der Konfession müssen sich gegen den polnischen Ansturm zusammenschließen. Von einer Korruption der Beamten ist keine Rede. Der preussische Staat zahlt diese Zulagen, da darf das Reich nicht zurückbleiben. Das fordert die ausgleichende Gerechtigkeit. Die Postbeamten arbeiten fröhlich und gewissenhaft ohne Korruption gegen das polnische Volk. Darum sollten gerade die Polen die Zulagen bewilligen.
Abg. Kossch (Op.) lehnt die Osmarkenzulage ab, weil sie politische Massnahmen seien.
Abg. Graf Westarp (kons.): Die Streichung der Osmarkenzulagen muß bei den Beamten schwere Erbitterung hervorrufen. Sie müssen sich gegenüber den preussischen Beamten wie Beamte minderen Grades verhalten. Diese Zulagen sollen den Beamten einen Ersatz bieten für die Schwierigkeiten, die ihnen die Verhältnisse in Polen machen. Die Mehrheit des Reichstages will der preussischen Osmarkenzulage ihr Vertrauen aussprechen. Darum scheuen sie sich nicht, einer großen Zahl von Beamten Unrecht zu tun. Wir wollen die Zulagen auf alle gemischtprachigen Gegenden ausdehnen. Damit bewilligen wir, daß es sich um keine politische Frage handelt. Selbst in den Osmarken würde man die Ablehnung dieser Zulagen nicht verstehen. (Beifall rechts.)
Abg. Kossch (Op.): Seitdem die Osmarkenzulagen auf unseren Antrag hin unwiderruflich gemacht worden sind, können wir für sie stimmen. Sie sollen die Beamten für den schweren Dienst in gemischtprachigen Gegenden entschädigen. Es handelt sich nicht um eine neue Forderung, sondern um ein be-

stehendes Recht. Mit den Beamten wird durch die Ablehnung auch der gewerbliche Mittelstand im Osten geschädigt.
Abg. Brandts (Pole): Es ist nicht nötig, daß die mittleren Beamten alle ihre Söhne studieren lassen. Nicht die Zulage an sich, sondern das System wirkt forumpierend.
Abg. Meitin (Op.): Die Entziehung der Zulage ist viel schlimmer, als die Nichtgewährung von Anbeginn. In einem geordneten Staatswesen gilt es als Grundlag, daß man den Beamten nicht einen Teil ihres gesetzlich festgelegten Einkommens entzieht, ohne daß ein Verschulden vorliegt. Wir verlangen keine Gnade für die Beamten, sondern nur Gerechtigkeit.
Abg. Ledebour (Soz.): Der selbige Willoblock feiert bei den Osmarkenzulagen wieder eine fröhliche Aufferstehung. Für die Gewährung der Zulagen ist nur die politische Stimmung maßgebend. Darin liegt die infamste Korruption. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Dieses Korruptionsystem bekämpfen wir. (Der Redner wird nochmals zur Ordnung gerufen.)
Abg. v. Czarlinski (Pole): Die Osmarkenzulage ist und bleibt eine eminent politische Frage.
Staatssekretär Kraetke: Es handelt sich nicht um eine politische Frage, sondern darum, ob bestimmten Beamten derjenige Teil ihres Gehalts vorenthalten werden soll und ob sie dazu irgendeinen Anlaß geboten haben. Nur die preussischen Beamten können mit den Postbeamten verglichen werden. Die Postbeamten sind ebenso auf den König von Preußen verpflichtet, wie die preussischen Eisenbahnbeamten, die die Zulage erhalten. Vom Abg. Ledebour sage ich nur: anders als in Menschenopfern macht sich in seinem Kopf die Welt.
Abg. Dr. Spahn (Soz.): Meine politischen Freunde werden bei unserem Beschluß bleiben und die Zulage ablehnen. (Beifall im Centrum.) Den Staatssekretär möchte ich bitten, er wolle mit dieser Position nicht mehr kommen, solange das Haus wie jetzt zusammengesetzt ist. Ob es sich dabei auch um katholische Postbeamte handelt, ist ganz gleichgültig. Ebenso die Unwiderruflichkeit der Zulage. Denn unwiderruflich ist genau das Gegenteil, wie das „widerruflich“ in der preussischen Zulage, solange der Beamte, der die Zulage erhält, jeden Augenblick verjagt werden kann, und dadurch die Zulage verliert. (Sehr richtig! im Centrum.) Ledebour ist die Zulage verwerflich und muß forumpierend wirken. Der Fall des einzelnen Beamten steht gar nicht in Frage. Aber die Verjagung und damit der Verlust der Zulage hängt befähigt über ihm. Deshalb stimmen wir gegen die Zulage und zwar dauernd. (Lebhafte Beifall im Centrum.)
Die Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage werden mit 194 gegen 127 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, ebenso wird die Resolution auf Bewährung von Zulagen für alle gemischtprachigen Gebiete mit 188 gegen 121 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
Abg. Behrens (nsl., Soz.): Es ist ein unglaublicher sozialer Rückschritt, daß bei den Betriebskräften der Post die Familienhilfen aufgehoben worden sind. Die Familienhilfe muß noch im Laufe des Jahres allgemein eingeführt werden.
Direktor im Reichspostamt Kschorn erklärt, daß die Beamten bisher einen Wunsch nach der Familienhilfe nicht geäußert hätten.
Abg. Dr. Conrad (Soz.): Die Fernsprechanlagen entsprechen durchaus noch nicht dem Bedürfnis. Die Post hat den Vorteil davon, weil bei Störungen das Publikum zu dringenden Gesprächen gezwungen wird, die das Dreifache kosten.
Staatssekretär Kraetke: Wir werden danach, die Fernsprechanlagen unterirdisch zu legen. Das ist aber erst seit 2 Jahren technisch möglich. Die Verabteilung des ganzen Reiches würde eine Wüste kosten. Das geht natürlich nicht auf einmal. Unser Tarif ist billiger, als in irgendeinem anderen Lande. Wir bauen unser Netz aus, aber allen Ansprüchen, besonders während der Hofenszeit, können wir nicht genügen.
Abg. Dr. Weidmann (Soz.) weist auf die Telephonmiserie in Dresden hin, wo seit einem Jahre das Publikum dauernd gequält und belästigt wird. Die Erbitterung ist groß.
Staatssekretär Kraetke: Die Telephonverwaltung hat in Dresden den ersten Versuch gemacht, die halbautomatische Verbindung einzuführen. Keine andere Verwaltung der ganzen Welt hat bisher diesen Versuch gewagt. Die Beamten müssen sich da erst hinarbeiten. Daß der Mißstand etwas lange gedauert hat, das niemand schmerzlicher empfinden als wir. Jetzt funktioniert die Einrichtung recht gut. Die Dresdener sind stolz auf das neue Telephonsystem.
Abg. Landabel (Soz.) bringt Wünsche der Telegraphenarbeiter vor.
Abg. Ledebour (nsl.): Auf alle Forderungen erhalten die Telegraphenarbeiter eine krasse Antwort. Das führt das Vertrauen zur Verwaltung nicht.
Abg. Kossch (Op.): Die Telegraphenarbeiter wünschen einen weiteren Ausbau der Arbeitsauschüsse.
Abg. Behrens (nsl., Soz.): Wenn der Staatssekretär den Reichsarbeiterauschuss ablehnt, dann muß eben der Reichstag als Reichsarbeiterauschuss auftreten und die Wünsche der Arbeiter vorbringen.
Staatssekretär Kraetke: Ein Drittel der Lohnforderungen der Telegraphenarbeiter sind bewilligt worden. Die Arbeiterauschüsse sollen vornehmlich lokalen Interessen dienen.
Freitag 1 Uhr pünktlich: Kurz Anfragen, Weiterberatung
Schluß 7 Uhr.

Männer-Verein der ewigen Arbeit, Etwilke
Die Seelenmesse für unser verstorbenes Vereinsmitglied
Herrn Gärtnerbesitzer
Karl Schmitt
findet Samstag 7 Uhr am Herz-Jesu-Altar statt.
Die Mitglieder werden ergeblich eingeladen; ebenso zur gemeinshaftlichen Oster-Kommunion Sonntag 1/7 Uhr.

Aug- und Brennholzverfeigerung.
Dienstag, den 10. März d. J., vormittags um 9 Uhr anfangend,
kommen im Haggartener Gemeindevaude in den Distrikten Jange, Fildenberg, Ringmauer und Hebenstein
1 Kiefern-Stämmchen von 0,27 Festm.
18 Nm. Eichen-Schichtungholz
7820 Stück röttaunene Stangen IV.-VI. Klasse = 59 Festm.
91 Nm. Eichen- und Buchen-Scheit- und Knüppelholz und
2700 Weiden
zur Verfeigerung.
Der Anfang wird im Distrikt Fildenberg gemacht.
Haggarten, den 4. März 1914.
Der Bürgermeister: Dietrich.

la. blauweissen Gartenkies
Liefert in Körben und Säcken von 70 Pfg. an, lose in Karren von 58 Pfg. an und in 1/2 und 1/3 Waggonen von 48 Pfg. an per Zentner f. e. l. Haus bzw. Garten
Nikolasstrasse 5,
Rettenmayer, Hofspediteur, Telefon 2376 :
(Wiederverkäufer Rabatt).

Reichardt Fabrikate
Oral-Kafao-Golf-Schokoladen-Konfitüren
Hatt frurr ausländischer Marken dem deutschen Volk empfohlen.
Wiedergaben bei:
Wih. Schlemmer, Drogerie Westendstr. 36; Medizinal-Drogerie „Hygiea“, Moritzstr. 24.
Ferner in der hiesigen Reichardt-Filiale.
Verkaufsstelle: G. L. Lehmann-Konditorei
Herzoglich Schleswig-Holstein'sche Kafao-Gesellschaft, Wandersb.,

Einladung.
Die Mitglieder unserer Genossenschaft werden hierdurch zu der am Sonntag, den 8. März l. J., nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“ hier stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung
freundlich eingeladen.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1913;
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrates, Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes;
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes;
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern;
5. Wahl des Kontrolleurs;
6. Wahl der Kommission zur Einziehung der Aufsichtsratsmitglieder.
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt von heute an in unserem Geschäftslokal zur Einsicht der Genossen auf.
Geisenheim, den 26. Februar 1914.

Der Aufsichtsrat des Vorschuß- und Kreditvereins in Geisenheim
eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht.
Justizrat von der Heyde, Vorsitzender.
Leben-, Unfall-, Haftpflicht-, Volk- und Sterbekasse General-Agentur
einer grossen alten Gesellschaft für **Inspektor** zuvergeben, hiesigen Bezirk an einen tüchtigen Ausser hob. Gehalt und Reisespesen, Bonifikationen und Provisionen aus dem Gesamt-Geschäft. Eventl. können auch Nicht-Achleut. mit bestem Leumund und guten Beziehungen nach vorheriger Einarbeitung in Frage kommen. Offert. erbeten unter **W. Z. 1800 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.**

DRESDNER BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1913.

Der Abschluß der Dresdner Bank für das Jahr 1913 ergibt nach vollständigen Abschreibungen und Rückstellungen einen Bruttogewinn von 43 447 400,45 M (gegen 41 297 977,75 M in 1912). Nach Abzug der Handlungsunkosten und Steuern sowie nach Abschreibung von 548 942,65 M auf Mobilien-Konto und diverse Grundstücke verbleibt ein Reingewinn von 26 278 752,60 M (gegen 25 115 828,65 M in 1912), welcher die Verteilung einer Dividende von wiederum 8 1/2 % gestattet.

Die erzielten Gewinne betragen:

	1913	gegen 1912
auf Sorten- und Kupons-Konto	M 367 683,90	M 345 429,60
„ Zinsen- und Wechsel-Konto	„ 25 978 297,85	„ 24 066 432,40
„ Provisions-Konto	„ 14 585 127,30	„ 14 238 875,55
„ Effekten u. Konfortial-Konto	„ —	„ —
„ Dauernde Beteiligungen	„ 1 930 549,55	„ 2 090 869,75

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches stellte sich auf 92 879 534 705,65 M (gegen 97 053 497 278,— M in 1912), die Zahl der bei der Bank geführten Konten auf 200 198 gegen 179 567 in 1912. Die Zahl unserer Angestellten belief sich am Jahresschluß auf 4696 gegen 4546 im Jahre 1912.

Abgesehen vom Effektengeschäft, welches im abgelaufenen Jahre unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse geringere Umsätze aufwies, hat sich das Geschäft bei allen unseren Niederlassungen wiederum wesentlich ausgedehnt, wie aus dem Zuwachs an neuen Konten ersichtlich ist, denen ein großer Zugang an Effektenposten entspricht. Wir haben auch im Berichtsjahre mehrere neue Geschäftsstellen eröffnet und die Errichtung von Niederlassungen in Ost- und Altenußland vorbereitet, die ihre Tätigkeit im neuen Jahre aufgenommen haben. Dagegen haben wir unsere Niederlassung in Schweden ausgegeben. Die höheren Zinssätze des Jahres mit einem durchschnittlichen Reichsbankfuß von 5,887 % gegen 4,943 % im Jahre 1912 und einem durchschnittlichen Privatfuß von 5,03 % gegen 4,220 % im Vorjahre ermöglichten uns eine besonders nützliche Verwendung unserer verfügbaren Gelder, so daß der von uns ausgewiesene Gewinn auf Zinsen- und Wechsel-Konto die Ziffer des Vorjahres um nahezu 2 Millionen Mark übersteigt. Aus der Abwicklung zahlreicher alter und neuer Beteiligungsgeschäfte, über die weiter unten Mitteilung gemacht wird, haben wir auch im abgelaufenen Jahre ansehnliche Gewinne erzielt, die wir vorweg zu den eingangs erwähnten Abschreibungen verwandt haben. Wir verdanken daher das ausgewiesene Geschäftsergebnis in erster Linie unserer laufenden Konto-Korrent-Geschäfte, in dessen sorgfältiger Pflege wir die besondere Stärke unseres Betriebes suchen.

Die unerwartete Räumung, von der die lebhafteste Wirtschaftskontunktur des Jahres 1912 durch den Balkankrieg betroffen wurde, hätte nur bei baldiger friedlicher Lösung der entstandenen Konflikte einer Neubebauung aller Geschäfte weichen können. Diese Lösung ließ indessen länger auf sich warten, als die Widerstandskraft des Wirtschaftslebens zu ertragen vermochte. Bis in den Herbst des Berichtsjahres hinein hielten die an immer neuen Wendungen reichen Balkanereignisse, die damit zusammenhängenden Spannungen zwischen einzelnen Großmächten und die überall einsetzenden erhöhten militärischen Rüstungen die Geschäftswelt in Ungewißheit und Sorge. Diese Verhältnisse legen dem Konsum stärkere Zurückhaltung auf, bewirken eine längere Einengung des Geldmarktes und eine fast völlige Stagnation des Börsenverkehrs und unterbanden jegliche Unternehmungslust. So erhielt das Berichtsjahr den Charakter eines langsamen Konjunkturabstiegs bei hohen Geldlöhnen. Der Umstand, daß dieser Abstieg nicht die Folge vorangegangener wirtschaftlicher Ueberpannung war, hielt ihn frei von den mancherlei krisenhaften Begleitererscheinungen früherer Konjunkturwenden. Vielmehr hat insbesondere unsere Großindustrie durch eine gewaltige Steigerung ihrer Leistungen der Ungunst der Ereignisse mit Erfolg entgegenzuwirken versucht. So weist das Jahr 1913 die größte in Deutschland je erreichte Erzeugung an Rohelisen mit 19,31 Millionen Tonnen und Stahlfabrikat mit 19,15 Millionen Tonnen auf. Ebenso stellen die Ausweise des Außenhandels mit 20 1/2 Milliarden Mark und des Eisenbahnverkehrs mit 3 1/2 Milliarden Mark Höchstziffern dar. Auch die Landwirtschaft hatte eine Ernte zu verzeichnen, die bei fast allen wesentlichen Früchten Rekordmengen ergab.

Mit Ausnahme der Kohle, die während des ganzen Jahres ihren Preis halten konnte, ließ dieser allgemeinen Steigerung der Mengen ein stetiges Sinken des Preisniveaus parallel. Wenn es dem gesteigerten Absatz auch nicht durchweg gelungen ist, die Preisansätze und die durch den hohen Preis bewirkte Steigerung der Produktionskosten weitzumachen, so hat doch dadurch die Stellung des deutschen Wirtschaftslebens im internationalen Wettbewerb eine Verstärkung erfahren und sind größere Arbeitseinsparungen mit ihren nachteiligen Folgen für die handarbeitenden Klassen vermieden worden. Dank der seit Jahren weit verbreiteten Uebung, in Zeiten des Aufschwungs durch reichliche innere Rückstellungen die Produktionsgrundlagen zu kräftigen, ist die Industrie vor stärkeren Rückschlägen bewahrt geblieben, und es darf erwartet werden, daß die gegenwärtige Situation ohne größere Nachteile überwunden wird. Diese Erwartung würde noch bestätigt werden, wenn es im neuen Jahre gelänge, eine Reihe von Syndizierungsverhandlungen zum guten Ende zu bringen, deren vorläufige Ergebnislosigkeit, insbesondere bei Stabeisen und Röhren, die Marktlage im Berichtsjahre noch verschärfte.

Das ebenso sehr aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen erwachsene Bestreben nach einer wesentlichen Stärkung ihres Statuts veranlaßte die Reichsbank, während der ersten 10 Monate des Jahres an dem Diskontfuß von 6 % festzuhalten. In der Tat gelang es ihr, ihren Goldvorrat gegen den Höchststand des Vorjahres um mehr als eine Viertel Milliarde zu erhöhen, so daß der Beitrag von fünf Viertel Milliarden Gold überschritten wurde. Dieser Zuwachs konnte teils durch eine vermehrte Inkursierung kleiner Noten dem Verkehr entnommen werden, teils dem reichlichen Goldimport, der um 316 Millionen Mark die Goldausfuhr überstieg. Da mit Ausnahme der üblichen russischen Guthaben irgend nennenswerte ausländische Gelder während des ganzen Jahres in Deutschland nicht placiert waren, vielmehr die deutschen

Guthaben im Auslande zeitweilig erheblichen Umfang erreicht haben dürften, so hat das Berichtsjahr einen neuen Beweis dafür geliefert, wie fest die deutsche Volkswirtschaft auf eigenen Füßen zu stehen vermag. Gegen Jahresende ergab sich sogar das bemerkenswerte Bild, daß der deutsche Geldmarkt eine relativ leichtere Verfassung zeigte als die anderen großen Kapitalmärkte. Die politische Beruhigung, das infolge der rückläufigen Konjunktur geringere Geldbedürfnis von Handel und Industrie und die aus der Exportsteigerung sich ergebenden höheren Forderungen unseres Handels an das Ausland, gaben der Reichsbank die Möglichkeit, in den letzten Monaten des Jahres ihren Diskont zweimal um je ein halbes Prozent herabzusetzen, während die Bank von England ihren Satz auf 5 Prozent erhöhte und die Bank von Frankreich an dem seit Jahresfrist bestehenden für französische Verhältnisse ungewöhnlich hohen Satz von 4 Prozent auch weiter festhalten mußte.

Der außerordentliche Niedgang der Erträge des Börsenumsatzes kennzeichnet die Lage des Effektenmarktes im Berichtsjahre. Die Jahreskurve der Renten- und Dividendenwerte weist fast durchweg nach unten. Selbst unsere ersten heimischen Anleihen konnten nur mit Mühe placiert werden und ausländische Staaten mußten, um einen Erfolg zu sichern, zu hochverzinslichen kurzfristigen Schatzscheinen Anleihen schließen. Der Pfandbriefabsatz geriet zeitweilig völlig ins Stocken, was eine weitere Verlangsamung der nun schon seit mehreren Jahren dauernden schwierigen Verhältnisse auf dem Baumarke zur Folge hatte. Im neuen Jahre hat das Effekten-Anlagegeschäft infolge der billigeren Geldsätze zunächst wieder einen Aufschwung genommen. Es dürfte jedoch einige Zeit dauern, bis die Kapitalbildung die durch die kriegerischen Ereignisse und ihre wirtschaftlichen Folgen empfangenen Verluste ausgeglichen haben und wieder einen so starken Aufschwung nehmen wird, wie er vor Beginn des Balkankrieges zu beobachten war. Nachdem die Gesetzgebung mit dem Wehrbeitrag ganz neue Bahnen der Vermögensbesteuerung eingeschlagen hat, wird auch abzuwarten sein, wie diese Maßnahme, auch wenn sie ausdrücklich als einmalig und nicht wiederkehrend bezeichnet wurde, auf die Vermögensbildung, die vor allem und in erster Linie einer stetigen und maßvollen Steuerpolitik bedarf, zurückwirkt. Dazu kommt, daß gerade Handel und Gewerbe in fortwährend steigendem Umfang mit neuen sozialen Lasten belegt werden. Für das Bankgewerbe war es deshalb zu begrüßen, daß im Berichtsjahre nach langen Verhandlungen eine Reihe von Vereinbarungen zustande kam zu dem Zweck, das Entgelt für die bankgeschäftlichen Leistungen mit den ständig wachsenden Unkosten in besseren Einklang zu bringen.

Im neuen Jahre hat die Entspannung auf dem Geldmarkt weitere Fortschritte gemacht. Der Anlagebedarf war in den ersten Monaten des neuen Jahres sehr groß und diesjährigen zahlreichen Emissionen konnten sämtlich mit Erfolg abgewickelt werden. Es ist anzunehmen, daß der Geldmarkt vorerst noch weiter flüssig bleibt, zumal damit zu rechnen ist, daß das durch die Emissionen, namentlich der öffentlichen Körperschaften, hereinkommende Geld alsbald wieder in den Verkehr zurückfließt, da der Anleiheerlös vielfach für die Regalierung bereits vorher vorhandener Verpflichtungen Verwendung findet. Insbesondere ist auch der Pfandbriefabsatz der Hypothekendarlehen im neuen Jahr ein sehr lebhafter gewesen. Aus dieser Marktlage darf man Hoffnung schöpfen für eine nicht zu ferne Wiederbelebung des Baumarcktes, von der dann auch die Industrie wieder Nutzen ziehen wird.

Da auf eine weitere Belebung des Emissions- und Anlagegeschäftes bei längerer Dauer der Geldflüssigkeit zu rechnen ist, so möchten wir im Interesse nicht nur des Kapitalistenpublikums, welches stets mit einem Teil seiner Sparnisse Anlagen in höher verzinslichen ausländischen Werten, wenn nicht an inländischen, dann an ausländischen Börsen, suchen wird, sowie ferner im Interesse unserer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung wünschen, daß der Einfuhrung guter ausländischer Werte keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ein Land, welches in so großem Maße wie Deutschland den Warenexport nach allen Ländern der Welt betreiben muß, darf sich, ohne wirtschaftliche Einbuße befürchten zu müssen und ohne seine weltpolitische Stellung zu gefährden, den Bedürfnissen solcher Länder nicht verschließen, die zur Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen auf den europäischen Geldmarkt angewiesen sind.

Nachstehend die stiblichen Erläuterungen über die einzelnen Positionen der Bilanz:

Kassa-, Kupons, Sorten-Konto und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken.

Bestand am 31. Dezember 1912	M 58 759 843,60
Eingang	„ 21 164 002 587,05
	M 21 222 762 430,65
Ausgang	„ 21 154 484 338,35
Es ergab sich demnach für den am 31. Dez. 1913 verbliebenen Bestand ein Saldo von	M 68 278 092,30
laut Bilanz: Kassa, Kupons und Sorten	M 47 023 966,25
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	M 21 621 809,95
	M 68 645 776,20
mithin Gewinn aus Kupons- u. Sorten-Konto	M 367 683,90

Wechsel- und Zinsen-Konto.

Das Konto ergab einschließlic des Kursgewinnes auf Devisen einen Gewinn von M 25 978 297,85

Im Vortessende verblieben am 31. Dez. 1913 83 150 Wechsel im Betrage von M 320 326 244,80 in Wechsel auf deutsche Plätze M 55 568 803,40

in fremden Saluten zusammen M 375 895 048,20

Effekten- und Report-Konto und dauernde Beteiligungen.

Bestand am 31. Dezember 1912	M 212 420 254,15
Eingang	„ 6 791 358 272,85
	M 7 008 778 527,—
Ausgang	„ 6 844 973 795,90
Es ergab sich demnach für den am 31. Dezember 1913 verbliebenen Bestand ein Saldo von	M 158 804 731,70
laut Bilanz im Werte von	„ 160 735 281,25
so daß ein Mehr verbleibt von	M 1 930 549,55

das das Erträgnis aus unsern dauernden Beteiligungen an fremden Banken darstellt.

Eigene Effekten waren am 31. Dezember 1913 vorhanden:

a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs u. der Bundesstaaten	M 16 821 005,05
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken verleihsbare Wertpapiere	„ 6 605 747,20
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	„ 16 451 508,—
d) sonstige Wertpapiere	„ 2 716 335,80
	M 42 594 596,05

Unter den vorstehenden Effekten befinden sich insgesamt ca. 30 500 000 M festverzinsliche Werte.

Die Effekten sind, soweit börsengängig, zu Uebernahmepreisen bzw. zum Tagelkurs vom 31. Dezember 1913, wenn dieser niedriger war, aufgenommen worden.

Dauernde Beteiligungen bei fremden Banken: M 36 833 074,45

Ueber die uns nahestehenden beiden Auslandsbanken können wir wie folgt berichten:

Die Deutsch-Südamerikanische Bank A.-G. hatte während des ganzen Jahres mit ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihrem überseeischen Arbeitsgebiet zu rechnen. Die weitgehende Zurückhaltung, welche sich die europäischen Geldmärkte auferlegen mußten, hat besonders nachteilig auf solche Länder zurückgewirkt, die zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Kapitalzufuhr nicht entzogen können. Unternehmungslust und Kaufkraft liegen in den südamerikanischen Staaten, insbesondere in Argentinien und Brasilien, nach und die Zahlungen verlangsamten sich erheblich. Vor den mancherlei Zahlungsstörungen und Verlusten, die den deutschen Handel mit Südamerika im Berichtsjahre betroffen haben, ist auch die Deutsch-Südamerikanische Bank nicht ganz verschont geblieben. Dazu kam, daß sie während des ganzen Jahres infolge des Bürgerkrieges in Mexiko herrschenden Unruhen auch das dortige Geschäft einschränken. Dennoch ist die Bank auch für das Berichtsjahr 1913 nach reichlichen Rückstellungen in der Lage, eine Dividende von 5 Prozent wie im Vorjahre zu verteilen. Wir können anerkennend feststellen, daß die Leitung der Bank in Mexiko es verstanden hat, trotz der erwähnten Schwierigkeiten von größeren Verlusten freibleiben und das Berichtsjahr mit Nutzen abzuschließen.

Die Deutsche Orientbank vermochte auch im abgelaufenen Jahre sich von nennenswerten Verlusten freizuhalten. Das Vertrauen der wirtschaftlichen Kreise und des Privatpublikums in ihrem Arbeitsgebiet ist ihr in steigendem Maße angewendet worden. Auch war sie in der Lage, einige Geschäfte mit der türkischen Regierung erfolgreich abzuwickeln. Obwohl der Abschluß in seinen Einzelheiten noch nicht feststeht, läßt sich doch heute schon übersehen, daß die Bank bei starken Rücklagen die gleiche Dividende von 5 Prozent wie im Vorjahre zu verteilen in der Lage sein wird.

Auf dem Konto der dauernden Beteiligungen bei fremden Banken sind, entsprechend der bisherigen Uebung, die pro 1912 vereinnahmten Dividenden verrechnet, während die Dividenden pro 1913 der Verrechnung im nächsten Jahre vorbehalten bleiben.

Report-Konto:
Ultimo Dezember 1913 oder früher hereingekommene und an späteren Terminen abzuliefernde Effekten M 81 307 010,75
mithin M 33 960 428,30 weniger als im Vorjahre.

Konfortialbeteiligungs-Konto.

Wir haben bei folgenden Geschäften als Kontrahenten mitgewirkt:

- 4% Deutsche Reichs-Anleihe, I. Ausgabe, unflüchtig bis 1926,
- 4% Deutsche Reichs-Anleihe, II. Ausgabe, unflüchtig bis 1935,
- 4% Preussische konsolidierte Staats-Anleihe, I. Ausgabe, unflüchtig bis 1925,
- 4% Preussische konsolidierte Staats-Anleihe, II. Ausgabe, unflüchtig bis 1935,
- 4% Preussische Schatzanweisungen,
- 4% Bayerisches Eisenbahn-Anleihen,
- 4% Bayerisches Allgemeines Anleihen,
- 4% Hamburgische Staatsanleihe, I. Serie,
- 4% Hamburgische Staatsanleihe, II. Serie,
- 4% Württembergische Staatsanleihe,
- 5% Chinesische Reorganisations-Staatsanleihe in Gold,
- 6% Mexikanische Tresor-Bonds in Gold,
- 4% Preussische Provinzial-Anleihe, VI. Ausgabe,
- 4% Anleihe der Stadt Breslau von 1909,
- 4% Anleihe der Stadt Cassel von 1908, V. Uebertragung,
- 4% Anleihe der Stadt Chemnitz von 1908,
- 4% Anleihe der Stadt Göttingen von 1912, II. Uebertragung,
- 4% Anleihe der Stadt Grefeld,
- 4% Anleihe der Stadt Dresden von 1908,
- 4% Anleihe der Stadt Essen (Ruhr),
- 4% Anleihe der Stadt Kiel von 1907, Serie 41—34,
- 4% Anleihe der Stadt Leipzig von 1908,
- 4% Anleihe der Stadt Liegnitz,
- 4% Anleihe der Stadt Northeym,

4% Anleihe der Stadt Plauen i. V. von 1910,
 4% Anleihe der Stadt Stettin von 1912, Buchstabe S,
 4% Anleihe der Stadt Zwickau i. S.,
 4 1/2% Anleihe des Gemeindeverbands für das Elektrizitätswert
 Leipzig-Land,
 4% Pfandbriefe des Brandenburgischen Pfandbriefamts für Haus-
 grundstücke, Berlin, Reihe II bis V,
 4% Anleihe der Essener-Benossenschaft, Essen a. d. Ruhr, I. Aus-
 gabe,
 4% Anleihe der Essener-Benossenschaft, Essen a. d. Ruhr, II. Aus-
 gabe,
 4% Grundrentenbriefe der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt
 der Stadt Dresden, Reihe III,
 4% Pfandbriefe der Grundrenten- und Hypotheken-Anstalt der
 Stadt Dresden, Reihe X,
 4% Obligationen der Hannoverschen Landesbank-Anstalt,
 4% Schuldverschreibungen der Landesbank zu Cassel, Serie 25,
 4% Schuldverschreibungen der Nass. Landesbank, Wiesbaden, Buch-
 stabe Z,
 4% Schuldverschreibungen der Staatlichen Kreditanstalt des Ver-
 gommens Oldenburg von 1912,
 5% 4 1/2% Obligationen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft,
 5% à 103% rückzahlbare hypothekarische Obligationen der Bremen-
 Besigheimer Oelfabrik,
 4 1/2% à 103% rückzahlbare hypothekarische Obligationen der Bu-
 berus'schen Eisenwerke, Weplar,
 5% hypothekarische Obligationen der Danziger Aktien-Bierbrauerei,
 5% à 102% rückzahlbare hypothekarische Obligationen der Deutsche
 Rabelwerke-Aktiengesellschaft, Berlin-Dahlemberg,
 5% à 103% rückzahlbare Obligationen der Deutsch-Neubergerischen
 Elektrizitäts-Gesellschaft, Serie VII,
 5% Obligationen d. Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. B. Lah-
 meyer & Co., Frankfurt a. M.,
 4 1/2% à 102% rückzahlbare Obligationen der Gesellschaft für Gas-
 industrie, Augsburg,
 4 1/2% à 103% rückzahlbare Obligationen der Großen Berliner
 Straßenbahn,
 5% Obligationen der Main-Kraftwerke, Aktiengesellschaft, Höchst
 am Main,
 5% Obligationen der Märkische Elektrizitätswerk Aktiengesell-
 schaft, Berlin,
 5% hypothekarische Obligationen der Maschinenbau-Anstalt Hum-
 boldt, Köln-Rail,
 5% hypothekarische Obligationen der Rhénania Vereinigte Email-
 kerwerke Aktien-Gesellschaft, Düsseldorf,
 4 1/2% à 103% rückzahlbare Obligationen der Stuttgarter Straßen-
 bahnen,
 5% Obligationen der Société Anonyme Tramways et Electricité
 en Russie, Brüssel,
 4% à 103% rückzahlbare hypothekarische Obligationen der Wirt-
 tembergischen Eisenbahn-Gesellschaft,
 4 1/2% à 102% rückzahlbare Obligationen der Zwickauer Elektrizität-
 werke- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft (Ein-
 führung),
 Neue Aktien der Breslauer Spritfabrik Aktien-Gesellschaft (Ein-
 führung),
 Neue Aktien der Chemischen Fabrik Aktien-Gesellschaft vorm. Moritz
 Misch & Co., Posen,
 Neue Aktien der Deutschen Erdbil-Aktiengesellschaft,
 Neue Aktien der Dittersdorfer Filz- und Krappentuchfabrik, Ditters-
 dorf bei Chemnitz,
 Neue Aktien der Dürlopwerke, Aktiengesellschaft, Bielefeld,
 Neue Aktien des Duxer Kohlenberens, Großhöffens (Einführung),
 Neue Aktien der Electricitäts-Aktiengesellschaft vorm. Hermann
 Böge, Chemnitz,
 Neue Aktien der Gardinenfabrik Plauen, Aktiengesellschaft,
 Neue Aktien der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen,
 Neue Aktien der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Ge-
 sellschaft,
 Neue Aktien der Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann,
 Aktiengesellschaft,
 Neue Vorzugs-Aktien der Nähfabrik vormals Justus Schärer,
 Augsburg,
 Neue Aktien der Nürnberger Metall- und Badierwarenfabrik
 vorm. Gebulder Bing, Aktiengesellschaft,
 Neue Aktien der Orenstein & Koppel — Arthur Koppel, Aktien-
 gesellschaft,
 Aktien der J. E. Reineder Aktiengesellschaft, Chemnitz (Ein-
 führung),
 Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktien-
 gesellschaft, Essen a. Ruhr,
 Neue Aktien der Schächischen Gußstahlfabrik, Döhlen bei Dresden,
 Neue Aktien der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft,
 Neue Aktien der Schlesienschen Elektrizitäts- und Gas-Aktien-Ge-
 sellschaft, Breslau,
 Neue Aktien der Société Financière de Transports et d'Entre-
 prises Industrielles, Brüssel,
 Neue Aktien der Société Anonyme Tramways et Electricité en
 Russie, Brüssel,
 Neue Vorzugs-Aktien der Westungarischen Lokalbahn-Aktiengesell-
 schaft, Budapest.
 Außerdem waren wir bei einer großen Anzahl seitens unserer
 Freunde im In- und Auslande enterrierter Finanzgeschäfte unter-
 beteiligt.
 Von den vorstehend erwähnten Geschäften ist der größte
 Teil im laufenden Jahre abgewickelt.
 Von Geschäften aus früheren Jahren nennen
 wir als abgewickelt die Beteiligungen von:
 4 1/2% Obligationen der Aktien-Gesellschaft für Federstahl-Industrie
 vorm. A. Dirsch & Co., Cassel,
 4 1/2% Obligationen der Elektrizitätswerk Südwest Aktiengesellschaft,
 4 1/2% Obligationen der Gesellschaft für Feederwertung m. b. H.,
 5% Obligationen der Gewerkschaft Alexandershall, Berta,
 4 1/2% Obligationen der Grafen Dendel von Donnermarck-Beuthen,
 Carlsdorf,
 Aktien der Compagnie Générale des Tramways de Buenos Ayres,
 Aktien der Deutsch-Burgundischen Bergwerks- und Hüttenaktien-
 gesellschaft,
 Aktien der Russischen Gesellschaft „Allgemeine Elektrizitäts-Gesell-
 schaft“, Emission 1912.
 Unser Konsortialbeteiligungs-Konto zeigt folgende Zu-
 sammensetzung:

1. Dreiundzwanzig Beteiligungen an festver- zinslichen Werten	M 12 627 136.95
2. Bierzehn Beteiligungen an Eisenbahn- und Straßenbahn-Unternehmungen-Aktien	9 864 407.45
3. Zehn Beteiligungen an Bankaktien	2 756 068.60
4. Zwei Beteiligungen an Versicherungs-Gesell- schaften	402 718.70
5. Zwanzig Beteiligungen an Terrains und Terrains-Gesellschaften	8 848 102.60
6. Elf Beteiligungen an überseeischen Unter- nehmungen	2 752 575.40
7. Neun Beteiligungen an elektrischen- und Rabel-Unternehmungen	3 755 528.45
8. Zwölf Beteiligungen an Bergwerks- und Hütten-Unternehmungen	4 530 373.50
9. Bierzig Beteiligungen an anderweitigen Unter- nehmungen	9 739 049.55
	M 55 275 961.20

Konto-Korrent- und Einlagen-Konto.

Bei einem Umsatz im Debet von . . . M 29 001 270 259.70
 betrug derselbe im Kredit " 29 119 025 690.90
 so daß am 31. Dez. 1913 eine Schuld verblieb von M 117 755 431.20
 und zwar laut Bilanz:
 M 61 380 834.95 verfügbare Guthaben bei ersten Banken und Banklets
 „ 87 761 667.90 Lombards gegen börsengängige Wertpapiere,
 „ 116 631 710.85 Vorkäufe auf Waren und Warenverschiebungen,
 hiervon M 58 162 627.50 gedeckt durch Waren,
 Fracht- od. Lagercheine
 „ 8 545 118.45 gedeckt durch andere
 Sicherheiten.
 „ 624 866 045.75 Debitoren
 und zwar: M 33 713 895.— in Dresden,
 „ 246 952 375.15 in Berlin,
 „ 344 199 775.60 bei den Filialen
 verteilt auf 23 868 Konten
 hiervon M 296 184 969.60 gedeckt durch börsen-
 gängige Wertpapiere,
 „ 159 059 620.05 gedeckt durch andere
 Sicherheiten.
 Kreditoren:
 a) Rostro-Verpflichtungen M 686 064.05
 b) seitens der Kundschaft bei Dritten be-
 nagte Kredite " 790 126.65
 c) Guthaben deutscher Banken u. Bankfirmen " 72 050 541.45
 d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung " 406 264 098.70
 und zwar in 107 592 Konten innerhalb
 7 Tagen fällig M 210 963 615.85
 in 25 624 Konten darüber
 hinaus bis zu
 3 Monaten fällig „ 126 313 214.50
 in 13 529 Konten nach 3
 Monaten fällig „ 67 987 268.35
 e) sonstige Kreditoren M 479 604 859.80
 und zwar innerhalb 7 Tagen
 fällig „ M 298 188 539.85
 darüber hinaus bis
 zu 3 Monaten fällig „ 158 364 199.70
 nach 3 Monaten fällig „ 22 457 120.25
 Kreditoren c und d verteilt auf 29 583 Konten.
 Die Zahl der laufenden Rechnungen (Debitoren und Kreditoren)
 beträgt 200 196 gegen 179 567 in 1912.
 Es wurden gewonnen
 an Provision abzüglich gezahlter Provisionen M 14 585 127.30

Akzept- und Scheck-Konto.

Am 31. Dezember 1912 befanden sich Eratten und Schecks auf
 und im Umlauf M 267 787 326.70
 ferner wurden ausgeschrieben
 auf Dresden . . . M 79 097 668.95
 „ Berlin " 1 049 519 471.50
 „ unsere Filialen „ 2 446 866 087.10 „ 3 575 488 227.55
 M 3 843 270 554.25
 Es wurden eingelöst
 in Dresden . . . M 77 834 527.60
 „ Berlin " 1 060 686 967.20
 bei unseren Filialen „ 2 417 433 531.15 „ 3 555 955 025.95
 so daß am 31. Dezember 1913 in Zirkulation verblieben
 auf Dresden . . . M 11 242 107.25
 „ Berlin " 48 977 842.10
 „ unsere Filialen „ 227 095 578.95 M 287 315 528.30

Immobilien- und Mobillien-Konto.

1. Bankgebäude.
 Auf diesem Konto erscheinen die Bank-
 gebäude
 in Dresden M 1 600 000.—
 in Berlin " 11 283 222.75
 in Frankfurt a. M. " 2 000 000.—
 in Hamburg " 2 100 000.—
 in Bremen " 1 500 000.—
 in Nürnberg " 1 150 000.—
 in Jülich " 202 947.50
 in Hannover " 750 000.—
 in Bielefeld " 120 000.—
 in Detmold " 100 000.—
 in Mannheim " 500 000.—
 in Plauen i. B. " 100 000.—
 in Chemnitz " 500 000.—
 in Emden " 40 000.—
 in Freiburg i. Br. " 600 000.—
 in Zwickau " 50 000.—
 in München " 1 800 000.—
 in Leer " 104 850.10
 in Cassel " 400 000.—
 in Jittau " 100 000.—
 in Augsburg " 200 000.—
 in Breslau " 409 298.50
 in Gletwitz " 55 000.—
 in Plegitz " 100 000.—
 in Bunzlau " 40 000.—
 in Stuttgart " 300 000.—
 in Heilbronn " 200 000.—
 in Beuthen D. S. " 200 000.—
 in Lübeck " 210 000.—
 in Frankfurt a. D. " 183 918.20
 in Göttingen " 183 542.25
 in Dresden-Plasewitz " 170 000.—
 in Harburg a. E. " 400 381.25 M 27 092 955.55

2. Neubau-Konto.

Neubau resp. bauliche Veränderungen in
 Dresden, Plauen i. B., Zwickau, Jittau, Breslau,
 Göttingen und Stettin M 2 898 590.35

3. Diverse Immobilien.

Kaiser-Wilhelm-Straße M 192 095.45
 Diverse Grundstücke " 1 867 939.25 M 2 060 034.70
 M 32 651 280.60
 Unser gesamter Immobilienbesitz ist zurzeit mit
 M 1 429 000.— Hypotheken belastet, nachdem wir im Berichts-
 jahre Hypotheken im Betrage von M 1 304 000.— getilgt
 haben. Die Abzahlung der verbleibenden Hypothekenschulden
 ist nach den bestehenden Verträgen z. B. nicht tunklich.

4. Mobillien-Konto.

Die Neuanschaffungen im Betrage von M 375 205.10
 in der Hauptsache durch Eröffnung neuer Beschäftigten ver-
 anlaßt, sind, wie in den Vorjahren, abgeschrieben worden.
 Das Grundstück Behrenstraße 35, das wir bisher von
 der Berliner Hypothekenbank gemietet hatten, haben wir auf
 Grund des von der Vorbesitzerin der in uns aufgegangenen
 Deutschen Genossenschaftsbank eingeräumten Vorkaufrech-
 tes am 1. April 1913 zum Preise von M 2 500 000.— erworben.
 Außerdem haben wir die bisher von uns auf Neubau-Konto
 geführten Grundstücke: Französische Straße 37—39 und Mar-
 grafen-Straße 43—44 auf Konto „Bankgebäude“ übertragen.
 Durch diese Beträge, sowie durch die Fertigstellung des Ge-
 bäudes Behren-Straße 35, das wir von den Engeler'schen
 Erben in Erbpacht genommen, und unserer Neu- resp. Um-
 bauten in Frankfurt a. M., Lübeck und Harburg a. E. hat sich
 das Konto erhöht, dagegen durch den Verkauf unseres Ge-
 schäftshauses in Schwabe und des alten Bankgebäudes der
 Breslauer Bechlerbank, Breslau, Ring 28 — Schneidmayer
 Straße 1, verringert.

Handlungs-Unkosten-Konto.

Handlungs-Unkosten M 14 394 224.02
 Steuern " 2 230 571.15

Pensions-Fonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1879 begrün-
 deten Pensions-Fonds betrug am 31. Dezember 1912 M 4 200 000.—
 hierzu kamen Zinsen im Jahre 1913 " 188 080.85
 M 4 388 080.85
 Hieran ab gewährte Pensionen . M 215 350.35
 und Wertverminderung der Pen-
 sionsfonds-Effekten " 124 685.75 „ 340 036.10
 M 4 048 044.75
 durch die von uns beantragte Zuweisung von " 351 955.25
 wird er die Höhe von M 4 400 000.—
 erreichen.
 Nachdem wir mit unseren sämtlichen Beamten dem Beamten-
 versicherungsverein des deutschen Bank- u. Bankier-Gewerbes (a. B.) bei-
 getreten sind und dadurch Aufwendungen in Höhe von ca. M 450 000.—
 gehabt haben, halten wir mit Rücksicht auf das verringerte Risiko
 eine Dotation von M 200 000.— für ausreichend.

König-Friedrich-August-Stiftung.

Die im April 1905 begründete Stiftung
 wies am 31. Dezember 1912 einen Bestand von M 103 589.65
 auf, hierzu traten in 1913 an Zinsen " 3 950.—
 M 107 539.65
 ab gewährte Unterstüzungen in 1913 M 680.—
 u. Wertverminderung der Stiftungs-
 Effekten " 3 305.— „ 3985.—
 mithin verbleibt ein Bestand von M 103 554.65

Georg Arnstaedt-Stiftung.

Der am 31. Dezember 1913 verbliebene
 Bestand beträgt M 149 341.40

Reserve-Fonds-Konto.

Der ordentliche Reservefonds beläuft sich auf M 51 000 000.—
 der Reservefonds B auf " 10 000 000.—
 Es betragen demnach die Gesamtreserven „ 61 000 000.—
 gleich 30,5% unseres Aktienkapitals

Als Ueberschuß der Aktiva über die Passiva
 ergibt sich ein Reingewinn von M 26 278 753.60

In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrate
 beantragen wir, denselben wie folgt zu verwenden:
 Abschreibung auf Bankgebäude M 600 000.—
 Zuweisung zum Pensionsfonds „ 351 955.25
 Rückstellung für die Lohnsteuer „ 200 000.—
 Wehrsteuer „ 892 100.—
 4% Dividende auf M 200 000 000 „ 8 000 000.— „ 10 044 055.25
 M 16 234 679.35

Tantième an den Aufsichtsrat M 1 196 857.—
 Vertragsmäßige Tantième an
 die Direktoren, stellvertreten-
 den Direktoren u. Direktoren
 der Filialen, sowie an die
 Lokalkomitees — insgesamt
 110 Herren „ 3 331 147.—
 Gratifikation an die Beamten „ 2 500 000.—
 4 1/2% Superdividende auf „ 9 000 000.—
 M 200 000 000 „ 206 898.85
 Vortrag „ 206 898.85
 M 16 234 679.35

Dresden, im März 1914.

Die Direktion.
 E. Gutmann. Nathan. Jüdel.
 Herbert M. Gutmann.

Kurhaus Wiesbaden.

Samstag, den 7. März 1914, abends 8^{1/2} Uhr im grossen Saale:
Operetten-Abend.

Soll, Duette, Terzette etc., zum Teil in Kostümen aus den neuesten und erfolgreichsten Operetten und Gesangspossen wie: „Kinokönigin“, „Filmzauber“, „Wie einst im Mai“, „Schützenlied“, „Hohheit tanzt Walzer“, „Der lachende Ehemann“, „Puppchen“, „Die geschiedene Frau“ etc. etc.

Mitwirkende: Die Damen: Carla Kraus, Cilly Schönberger, Elie Trauner, Elfe Weißbach. Die Herren: Eugen Hietel, Mathias Meyers. Sämtlich vom Stadttheater in Hanau am Main.

Orchester: Städtisches Kurorchester.
Dirigent: Herr Kapellmeister Carl Welskopf v. Stadttheater in Hanau a. M.
Regie: Herr Direktor Adalbert Steltzer.

Logenplatz 3 Mk., I. Parkett 1.—20. Reihe und Mittelgalerie 1. und 2. Reihe 2.50 Mk., 1. Parkett 21. bis 26. Reihe 2 Mk., Mittelgalerie 3. bis letzte Reihe und Ranggalerie 1.50 Mk., II. Parkett und Ranggalerie Rückseite 1 Mk. — Die Eingangstüren des Saales und der Galerien werden nur in der Zwischenpause geöffnet. Die Damen werden gebeten, auf den Parkettplätzen ohne Hüte erscheinen zu wollen.

Städtische Kurverwaltung.

Bereinsbank Wiesbaden.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Begründet 1865

Vormals: Allgemeiner Vorschuß- und Sparkassen-Verein.
Geschäftsgebäude: Mauritiusstraße 7

Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung

findet am Montag, den 16. März 1914, abends 8.30 Uhr, im grossen Saal der „Wartburg“, Schwabacherstr. 51, statt, wozu wir unsere Mitglieder hiermit einladen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1913.
 2. Bericht über die durch den Verbands-Prüfungsbeamten im vergangenen Jahre und in diesem Jahre vollzogenen geselligen und außerordentlichen Prüfungen der Einrichtungen und der Geschäftsführung unserer Vereinsbank.
 3. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahresrechnung für 1913.
 4. Genehmigung des Geschäftsstandes vom 31. Dezember 1913 und Entlastung des Vorstandes für die Rechnung des Jahres 1913.
 5. Beschlußfassung über die Verwertung des Reingewinns und Festsetzung der Gewinn-Anteile für das Jahr 1913.
 6. Bestimmung des Höchstbetrages, welchen sämtliche unsere Vereinsbank belastenden Anleihen und Spareinlagen zusammen nicht überschreiten dürfen.
 7. Neuwahl eines fünften Vorstandsmitgliedes.
 8. Neuwahl von vier Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle der scheidenden Herren: Bauunternehmer Philipp Hasselbach, Privatier Philipp Schäfer, Hoflieferant Ernst Underzagt und Bauunternehmer Johann Jakob Weber.
- Die Jahresrechnung für 1913 liegt von heute ab bis einschließl. 16. d. M. in unserem Vorstandszimmer Mauritiusstraße No. 7, für unsere Mitglieder zur gefälligen Einsicht offen.
Wiesbaden, den 5. März 1914.

Bereinsbank Wiesbaden

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Meis. Schönfeld. Michel. Mergenthal.

Dresdner Bank.

Einundvierzigste
ordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 25 der Statuten werden die Aktionäre zur einundvierzigsten ordentlichen General-Versammlung, welche

**Sonnabend, den 28. März 1914,
mittags 12 Uhr**

im Bankgebäude, Dresden, König-Johann-Str. 3 stattfinden wird, eingeladen

Tages-Ordnung:

1. Vorlage des Jahresberichtes mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Bemerkungen des Aufsichtsrates hierzu.
 2. Beschlussfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung.
 3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
 4. Wahlen in den Aufsichtsrat gemäß § 13 der Statuten.
- Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind nach § 27 der Statuten diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am 5. Tag vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, bei einer der nachverzeichneten Stellen: bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin, sowie ihren übrigen Niederlassungen, in Wiesbaden bei der Dresdner Bank Geschäftsstelle Wiesbaden, Wilhelmstraße 34 bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein in Köln und Berlin, sowie seinen übrigen Niederlassungen, bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart, bei der Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M., bei dem Bankhaus L. & E. Wertheimer in Frankfurt a. M., bei dem Bankhaus F. A. Neubauer in Magdeburg, bei dem Bankhaus A. Löwy in Cöln, bei der Rheinisch. Bank in Effen, Mühlheim a. d. R. u. Dulsburg bei der Märkischen Bank in Bochum, gegen eine Empfangsbcheinigung deponieren und während der Generalversammlung deponiert lassen.
- Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der Bank des Berliner Kassen-Vereins vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind
Dresden, den 5. März 1914.

Direktion der Dresdner Bank.
E. Gutmann. Nathan.

Möbel!

Neue und gebrauchte Möbel aller Art.
kompl. Verantw. Einrichtungen zu bekannt billigen Preisen.

Möbelhandlung Julius Jäger

51 Hauptstraße Winkel am Rhein Sandstraße 51

Foyer-Restaurant des „Königlichen Theater“

Inh.: Chr. Klauer

Eingang Theater-Kolonade. Telefon 319.

Restaurant allerersten Ranges.

Diner ab 1 Uhr nach Wunsch zusammengestellt.

Souper sowie einzelne Platten vor der Aufführung und während den Pausen (30 Minuten) und nach der Vorstellung bei Vorausbestellung.

Erstklassige Weine. — Tee-Büfett während der Pausen. Original Pilsener und Münchener Hacker-Bier sowie Wiesbadener Germania Pilsener vom Fass, gelangt zum Ausschank.

NB. Zu der am 8., 10. und 15. März stattfindenden Aufführung von „Parsifal“ werden Tischbestellungen frühzeitig erbeiben und Bestellungen jetzt schon entgegengenommen. Die Büfets für belegte Brötchen und Tee pp. befinden sich an den Parsifal-Tagen im Haupteingang Vestibül. In den Salons sowie im Foyer werden Tische zum Soupern aufgestellt.

Kein Laden, nur 1. Stock die Ursache meiner berühmten Billigkeit

Grösste Geld-Ersparnis

Ein Posen Kostümstoffe englische Art 143 cm breit wollene Qualitäten N. 1.95, 1.35, 95	Ein Posten Kostümstoffe schön blau reinwoll. Cheviot und herrl. englische Muster, 140 bis 160 cm breit, der gan. e Stoff zum Kostüm 8^{7/8}
---	---

2000 Meter Reste für Knabenhosen und Anzüge in Resten von 50 cm bis 3 Meter von 48 an	Reinwollene blaue Cheviot-Reste schöne Qualität in Resten von 50 cm bis 1 Meter jeder Meter 1⁸⁰ regulärer Wert bedeutend höher.
---	---

Eine besondere Leistung!

3 Serien elegante Kostümstoffe

Serie I Meter 2⁷⁵	Serie II Meter 3⁹⁵	Serie III Meter 5⁷⁵
--	---	--

Der Wert dieser Waren ist teilweise mehr wie der doppelte!

Selten vorteilhaft! Ca. 370 Meter Herren-Anzugstoffe garant. sehr haltbare Ware in nur modernen Farben englische Art Marengo und bla. per Meter 4⁰⁰	Ein-Posten Jakett-Futter 140 cm breit seidenartige Ware in effektvollen Farben 1a. Qualitäten 1⁹⁰
---	--

Unserrecht billig!

3 Serien Loden - Stoffe für Loden-Anzüge, Capos, Sport-Kostüme	140 cm breite wollene Ware	
Serie I Meter 2²⁵	Serie II Meter 3⁵⁰	Serie III Meter 4⁵⁰

Grösstes und leistungsfähigstes
Etagen-Geschäft am Platze.

Fran Löwenstein wwe., Mainz

Nur 1. Stock Bahnhofstraße 13 Kein Laden
1 Minute vom Hauptbahnhof.

Ich führe nur 130—160 cm. breite Ware, daher grösste Stoff- und Geld-Ersparnis

Wegen Umzug nach Kirchgasse 70, zwischen Keiper und Lichtspieltheater „Thalia“, gewähre ich auf meine billigen Preise einen Rabatt von

10 bis 20 Prozent.

Fernsprecher 2327.
Joh. Kühn
Juwelier und Goldschmiedemelter
Marktstraße 27, neb. d. Hirschapotheke

Lehrinstitut für Damenschneiderei.
Marie Wehrbein, Hofstr. 1 3. Stock, neben der Landesbank, an der Rheinstraße.
Unterricht im Nähen, Mäherzeichnen, Aufschneiden und Anfertigen von Damen- und Kinderkleidern, Jacketts etc. wird theoretisch und praktisch erteilt. Die Schülerinnen fertigen ihre eigenen Kostüme an. Garantie für gutes Gelingen. Die besten Erfolge können durch zahlreiche Schülerinnen nachgewiesen werden. Nähere Auskunft von 9—4 und 2—3 Uhr.

Lehrling and guter Familie gelocht.
Med. Drogerie Cray, Langgasse 23.
Ein in der Landwirtschaft erfahrener
Knecht
zu 2 Pferden gegen hohen Lohn sofort gesucht
von Schwirt J. Kob Wehler in Kleidenstadt.

Spezialkur
gegen
**Haut-, Harn- und
Bruchleiden.**
Dr. Wagner, Arzt :: Mainz
Schusterstr. 54, vis-à-vis Tieg



Billiges Hühner-Gutter!
Kleinweizen!
150 Pfund M. 11.—, mit Sod., ver-
färbt gegen Nachnahme:
Rheinisch-Westfälischer Ge-
fäßelfutter-Verein
Rhein am Rhein.

Seelbach's
Uhren- und Goldwärendgeschäft
Wiesbaden, Kirchgasse 46
liefert als Spezialität:

Trauringe
in größter Auswahl in allen Preislagen
Gewinnen um- reell und billig.
sonst sofort.

Tätowierungen!
Muttermale, Warzen, Ge-
wächse u. Hautflecken entfernt
persönlich mit voll. Garantie
Nur schmerzlose kosmetische
Verhandlung (kein Verfall)
Täglich von 9—1, 2—8 Uhr,
Sonntags von 9—4 Uhr.
Kosmetiker Cuhler
Wiesbaden
Friedrichstraße 8, II. Etage

Brennholz
Kesselfolz & Str. 1.10.4
Kesselfolz & Str. 2.20.4
Brennholzhandlung Rißling
Rapelstraße 8/7 Tel. 484

Freibank.
Samstag, den 7. März, vormittags
8 Uhr: minderverwertes Fleisch: 2 Röhre
Pfd. 57 und 30 Pfg., 2 Schweine Pfd.
50 Pfennig.
Helfschändlern, Weggern, Würstbe-
reitern ist der Erwerb von Fleisch-
fleisch verboten. Gastwirten und Rest-
gebere nur mit Genehmigung der Polizei-
behörde gestattet.
Städt. Schlachthof-Bewirtschaftung.

Volkshilfungsverein Wiesbaden EV.
(Abteilung für Volksunterhaltung)
Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 4 Uhr
im Saale des „Turnvereins“, Hellmündstr. 25

III. Volks-Konzert
unter gütiger Mitwirkung
der Damen: Frl. Hedwig Schäfer (Sopran), Elisabeth Schilkowald
(Klavier), Hertha Arndt (Violine) und Hedwig Hertel (Cello), sowie
des Männergesangsvereins „Hilda“ unter Leitung seines Chormeisters
Herrn Hermann Stiller.
Eintritt: im Vorverkauf 15 Pfg., an der Kasse 20 Pfg.

Volkstheater :: Turnhalle Etville
Direktion: Friedr. Wilh. Urbann.
Sonntag, den 8. März, abends 8^{1/2} Uhr:
Der Fremdenlegionär
Eintrittspreise: 1. Platz 1 Mk., 2. Platz 60 Pfg., 3. Platz 30 Pfg.
Im Vorverkauf billiger bei C. Weber, Bazar-Geschäft.

Zur Bekämpfung von Haarausfall, Schuppen,
Jucken der Kopfhaut verwenden Sie nur
DEHAWA
Die Kopfnerven werden nicht gereizt, sondern
nur die Haarpapillen mild zu neuer Tätigkeit
angeregt. Wöchentlich 2—3 mal sanft in die
Kopfhaut einreiben, daher sehr sparsam im
Verbrauch. Dehawa.
HAARNAHRSTOFF
bildet ein Schutzmittel gegen Haarkrankheiten, die sich
durch vernachlässigten Haarausfall einstellen können.
Das Haar wird seidlich und glänzend.
Jede Flasche enthält neuesten Spitzarschmal.
Dehawa ist ärztlich ausprobiert und empfohlen.
Preis o. Fl. M. 2.— u. 4.—
Depots: Drogerie Otto Siefert, Am Schloss; Drogerie
Machenheimer, Bismarckring 1; Drogerie
W. Craefo, Webergasse; Viktoria-Apothek,
Rheinstraße 45; Drogerie Bruno Backo,
Tannusstraße 1.

Königliche Schauspiele
Wiesbaden.
Freitag, den 6. März 1914.
68. Vorstellung.
34. Vorstellung im Abonnement A.
Zum Vorteil der künftigen Theater-
besucher: Einmal.
2. Benefiz pro 1914.
Der verwandelte Komödiant
Ein Spiel aus dem besten Repertoire
in einem Kugeln von Stefan Zweig
Personen:
Der König . . . Herr Mohr
Die Königin . . . Frau Bachmann
Der Gelehrte . . . Dr. Hermann
Der Komödiant . . . Herr Albert
Ein Hofbedienter . . . Frl. de Beyer

Der Diener zweier Herren.
Lustspiel von Carlo Goldoni.
Personen:
Candolfo, ein Kaufmann Dr. Kabilano
Rosaura, seine Tochter . . . Frl. de Beyer
Doktor Lombardi . . . Herr Robert
Silvio, sein Sohn . . . Herr Schaefer
Beatrice, unter dem Namen
Federico Kadroni . . . Dr. Doppelbart
Florindo . . . Herr Schmal
Lebaldo, Diener . . . Dr. Hermann
Vandino, Rosaura's
Mädchen . . . Frl. Schmal
Truffaldino . . . Dr. Hermann
Erster Kammerdiener . . . Herr Schmal
Zweiter Kammerdiener . . . Herr Schmal
Zweiter Träger . . . Dr. Hermann
Zweiter Träger . . . Herr Schmal
Während der Dialog. Pausen.
1. Menett, gelangt von den Damen
Calzmann und Rittner. — . . . Grosse
Gesang von den Damen Käfer 1, Käfer 2,
Lewendel, Monod, Weiserich und Käfer
Nach dem 1. Akt tritt eine Pause von
15 Minuten ein.
Anfang 7.30 Uhr Ende 9.10 Uhr
Gewöhnliche Preise
Samstag: Tiffland. K. O.
Sonntag: Parsifal.
Montag: 3. Symphonie. Rossini.
Dienstag: Parsifal.
Donnerstag: Parsifal.

Residenz-Theater
Wiesbaden.
Freitag, den 6. März 1914
Wandragoia.
Eine Komödie in 3 Akten nach dem Stoff
eines alten Lustspiels des Wacziarg
von Paul Iger.
Anfang 7 Uhr Ende 9.15 Uhr

Kur-Theater Wiesbaden.
Freitag, den 6. März 1914
Gastspiel Orango laffige Kölner Ballet
Der Millionen-Rekrut.
Mittelschmerz in 3 Akten von
Carl Müller-Walberg, für seine Bühnen
bearbeitet und inszeniert von Peter Orango
Anfang 8 Uhr Ende geg. 10.30 Uhr

Stadt-Theater Mainz
Freitag: Legener und Schäfer.
Samstag: Schaefer Wibel.
Sonntag vorm.: Kammermusik. Nach
Parsifal.

Bereinigtes Frankfurter Stadttheater.
(Opernhaus)
Freitag: Der liebe Augustin.
Samstag: Eugen Onegin.
Sonntag nachm.: Der Gigantentanz.
Abends: Sigarot Hochzeit.
(Schauspielhaus)
Freitag: Maria Stuart.
Samstag: Die Langgöttinger.
Sonntag nachm.: Dr. Faust. Abends
Die Langgöttinger.

Reform-Aino-Vorführungen!
Wiesbaden, Schwabacherstr. 51.
Freitag: 3, 5, 7, 8 u. 10 Uhr.
Samstag: 3 und 1/2 Uhr.
Bilder aus dem Infantenleben.
Nachmittags auch für Jugendliche